

Er scheint täglich außer Montag.  
Abonnements-Preis für Berlin:  
vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf.  
frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf.  
Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf.  
Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Bekanntmachung-Verzeichnisse für 1891 unter Nr. 6469.

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur:  
Ant. V. Re. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Reuth-Strasse 2.

Freitag, den 31. Juli 1891.

Expedition: Reuth-Strasse 3.

### Zur Kritik des französischen Altersversicherungsgesetzes.

II.  
(Schluß.)

Es ist nicht angängig, auf die Einzelheiten des Entwurfes sämtlich einzugehen. Für unsere Zwecke genügt es, einzelne wichtigere Gesichtspunkte herauszugreifen.

Die Festsetzung der Altersgrenze ist eine rationellere als bei uns. Die siebenzig Jahre des deutschen Gesetzes haben mit Recht die schärfste Verurteilung erfahren. Der Entwurf läßt die Beitragspflicht erst mit dem 25. Lebensjahre (Deutschland vom vollendeten 16. Lebensjahre!) eintreten, und der Rentenbezug beginnt bereits mit dem 56. Lebensjahre. Es erhellt, daß die Ziffer der Altersrenten eine erheblich höhere sein wird, als bei uns. Die souveräne Abschaffung der sozialen Statistik, welche unabweislich das niedrige Sterblichkeitsalter der Arbeiterklasse erwidert, ist in Deutschland zum Siege gelangt. Ist auch die französische Altersgrenze noch immer sehr hoch, da die große Masse der Arbeiter nicht über 50 Jahre alt werden dürfte, so ist ein Fortschritt uns gegenüber hier trotzdem zu verzeichnen.

Die Altersrente, die sich bei uns in den Grenzen: 108,40 bis 191 M. höchstens bewegt, ist in Frankreich nicht unerheblich höher. Sie bewegt sich ausschließlich des Staatszuschusses zwischen 144 bis 288 M., diesen eingerechnet zwischen 240 bis 480 M.

In Deutschland erlischt bekanntlich, wenn während vier aufeinander folgender Kalenderjahre für weniger als insgesamt 47 Beitragswochen Beiträge entrichtet worden sind, die Anwartschaft auf den Rentenbezug. Der französische Entwurf läßt eine fünfjährige Frist zu, sobald der Versicherungsbeitrag höhere Gewalt als Hindernis nachweist und die rückständigen Beiträge nachträglich entrichtet werden. Welchen Einfluß Saisonabschluss, Krisen, Geschäftsstockungen so gut wie technische Fortschritte und andere von dem Einzelnen unabhängige Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Beschäftigungsbauer des modernen Arbeiters haben, ist gerade in Hinsicht auf diese Seite der Versicherungspolitik oft genug schon hervorgehoben worden. Die Arbeitslosigkeit ist nur zu oft das Loos des Proletariats, und sein Eintritt in die industrielle Reservearmee auf kürzere oder längere Zeit eine Eventualität, mit welcher er täglich zu rechnen hat. Doch diese Thatsachen akzeptiert auch der Klassenintellekt der

Bourgeoisie als „force majeure“, als „höhere Gewalt“. Wie aber wird die Klassenmoral auf die Arbeitslosigkeit reagieren, welche eine Folge von Streiks, Aussperrungen und anderen Vorgängen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit! Hier ist der Bureaucratie, welche so gerne die Arbeiterschaft in Grund und Boden hineinadministrierte, hier ist der Bourgeoisie ein Angriffspunkt gegeben, von welchem Gebrauch gemacht werden wird. Je schärfer die Kontraste zwischen Reich und Arm, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, desto leidenschaftlicher die Kämpfe, desto angenehmer für die Machthaber solch eine bequeme Gelegenheit, ein gesetzliches Recht der Arbeiterklasse rücksichtslos zu strangulieren. Soll kein Mißbrauch getrieben werden, so muß der parteiischen Auslegung bürgerlicher Gesetzesdolmetscher ein starker Niegel vorgeschoben, so muß jede Mißdeutung kurzweg unmöglich gemacht werden. Widrigenfalls das beabsichtigte Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter klipp und klar zu Tage trat.

Wir haben schon im ersten Artikel die vom Entwurf vorgesehene Doppelversicherung beleuchtet. Der Arbeiter ist nicht genötigt, sich direkt bei der staatlichen Altersrentenklasse zu versichern. Es genügt, wenn er bei einem genehmigten Hilfsverein, einem Gewerksyndikat oder einer anderen staatlich autorisierten Privatversicherungsgesellschaft seine Versicherung bewerkstelligt. Diese Bestimmung ist eine der bedenkllichsten des ganzen Entwurfes und unmittelbar darauf berechnet, das Gesetz in den Dienst der großkapitalistischen Klasseninteressen zu stellen. Der Artikel 5 des Entwurfes besagt nämlich, daß ohne Weiteres die Privatversicherung bloß möglich bei den genehmigten Hilfsvereinen, den sogenannten sociétés de secours mutuel approuvées, von denen sogleich die Rede sein wird, während für die anderen Korporationen eine besondere Genehmigung des Ministers des Innern erforderlich ist.

Um die Tragweite dieser Bestimmung richtig bewerten zu können, muß man das Wesen der geplanten Hilfsvereine kurz kennzeichnen. Sie sind ein Geschöpf napoleonischer Staatskunst, wie sie kurz nach dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 ihre ersten abelndustenden Blüten getrieben hat. Dazu bestimmt, der modernen Arbeiterbewegung einen Damm entgegenzustellen, erweisen sie sich als echte Machwerke des lumpenproletarischen Imperialsozialismus, der die Arbeiter durch Almosen und Scheinkonzessionen um ihre Erstgeburt zu prellen versuchte. Das Dekret vom 25. März 1852, welches die 1848 eroberte Bewegungsfreiheit der Klubs endgültig beseitigte und die Hilfsvereine von der Gnade des Präfelden, der sie jeder Zeit auflösen konnte, abhängig machte, enthielt u. a. folgende Vorschriften: „Genehmigte Hilfsvereine sollen in jedem Orte, wo es nützlich erscheint, vom

Maire oder Pfarrer gegründet werden. Die Zulassung von Ehrenmitgliedern erfolgt ohne Rücksicht auf den Wohnort des Mitglieds und ohne Beschränkung der Zahl durch den Vorsitzenden und das Bureau . . . Maximalzahl der Mitglieder ist 500 . . . Wegen schlechter Leitung, Nichtausführung ihrer statutarischen Bestimmungen etc. können die Vereine vom Präfelden suspendiert oder aufgelöst werden . . . Eine Oberkommission wird beim Ministerium des Innern eingerichtet, um die Vereine zu kontrollieren und verdiente Mitglieder zu Ehrenausszeichnungen vorzuschlagen.“

Zu diesem Gesetze, das die slavische Unterwürfigkeit der Arbeiter unter Präfeld, Polizeiminister und die ehrenmitgliedlichen Bourgeois, Fabrikanten, Pfaffen u. s. w. anordnet, erschien eine von Persigny, dem berüchtigten Helfershelfer des Louis Bonaparte, unterzeichnete Instruktion vom 29. Mai 1852, in der es u. A. heißt: „Entscheidet sich der Präfeld für die Gründung eines Vereins, so soll er an alle Wohlgestimmten, Fabrikbesitzer, Beamte etc. den Aufruf richten, denselben beizutreten. Er hat sich mit den Pastoren und Geistlichen zu verständigen, damit die Vereine im Schatten der Kirche aufwachsen . . . Die Ehrenmitglieder, die zuzulassen Bedingung für die Genehmigung ist, sollen nicht nur finanziell zuschießen, sondern auch moralisch auf die Arbeiter einwirken . . . Arbeiter möglichst verschiedener Gewerbe sollen beitreten . . . besonders weil bei professionellen Vereinen leicht eine Koalition entsteht . . . Nie darf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit gegeben werden, denn dann zahlen die Arbeitenden für die Nichtarbeitenden, und die Neigung zu Arbeitseinstellungen wird sehr gestärkt. . . Das Mitgliedsdiplom, als Paß und Arbeitsbuch dienend, ist ein Beweis für die Ordnungsliebe und gute Führung des Arbeiters, ein Empfehlungsbrief.“ Hinzugefügt sei noch, daß der Vorsitzende vom Staatsoberhaupt zu ernennen war, eine Bestimmung, die erst sehr viel später gefallen ist.

Man wird zugestehen, daß die genehmigten Hilfsvereine, deren Charakter im Laufe ihrer Entwicklung durchaus der gleiche geblieben ist, nichts sind als Produkte klassenstaatlicher Bevormundungs- und Unterdrückungspolitik ärgster Art. Die Thatsachen, die wir soeben angeführt, die Tendenz des Dekrets und der Instruktion kennzeichnen die Einrichtung so scharf, daß es keiner weiteren Erläuterung bedarf. Die Antwort der französischen Arbeiterschaft auf diese napoleonische Machenschaft war verständlich genug. Der holde Zwang der ökonomischen Machtstellung und des Polizeistocks trat in Aktion, um die Mitglieder schaarenweise den Hilfsvereinen zuzutreiben. Es gab:

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

10

#### Kapitän Lobe.

Von John Law.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Regina Bernstein.

Der Doktor nahm den Brief und las laut:  
„Ich bin dazu getrieben, Gott helfe meinem armen Baby. Mutter, nimm Dich der Kinder an. Ich habe stets ihm gegenüber mein Bestes gethan; aber ich kann es nicht länger mit anhören, wie er mir flucht, weil ich so viel Kinder habe. Ich habe sie mir nicht gemacht, weiß Gott.“  
Der Doktor ließ seine Faust mit so mächtiger Kraft auf den Tisch niederfallen, daß Flaschen und Gläser wackelten und die Pillenschachteln tanzen. „Ihr Männer hier in Schornbrich seid Bestien“, sagte er, den Papiersephen dem Manne vor die Füße werfend. „Die Art und Weise, wie Ihr eure Frauen behandelt, ist schamlos. Nun, schaut hier“, fuhr er fort, sich an Kapitän Lobe wendend, „ich behandelte das arme Ding während ihrer Niederkunft. Zwei Tage nach der Geburt des Kindes fand ich sie aufgestanden, und sie sagte mir, dieser Wursche habe wissen wollen, ob es vielleicht „sein“ sei, im Bett zu liegen, ob das die Manieren seien, die sie während sie im Dienst gewesen, gelernt habe. Als ich sie zuletzt sah, war sie krank, und wenn er sie in den Tod ge-

trieben hat, verdient er, dafür gehängt zu werden. Seht a u g e n b l i c k l i c h in Londoner Hospital.“ sagte er, sich wieder an den Mann wendend. „Ihr werdet sie wahrscheinlich in Todtenhaus finden; wenn nicht, kommt zu mir zurück. — Nein, gehen Sie nicht mit ihm“, sagte er zu Kapitän Lobe. „Bleiben Sie hier, ich habe Ihnen etwas zu sagen. Kommen Sie, bitte, in mein Zimmer.“ Bei diesen Worten öffnete er die Thür des Labentisches, und sie traten in ein kleines Zimmer, in welchem er gewöhnlich seine Patienten empfing.

Der Doktor zeigte auf einen Stuhl und zog eine Pfeife aus seiner Tasche. Nachdem Kapitän Lobe seinen angebotenen Stuhl genommen, setzte sich der Doktor mit dem Rücken gegen den Kamin und rauchte eine Minute lang schweigend. Plötzlich sagte er: „Ich weiß, es ist zwecklos, Ihnen eine Zigarre anzubieten; es ist gegen Ihre Vorschriften.“

„Ja.“  
Wieder herrschte Schweigen.  
Schließlich begann der Doktor: „Das kleine Mädchen in — Square sagt mir, sie wolle der Heilbarmer beitreten.“

Kapitän Lobe nickte.  
„Nun habe ich die Erfahrung gemacht, daß die Menschen dergleichen nur thun, wenn sie sich auf die eine oder die andere Weise „unter Paris“ fühlen.“ fuhr der Doktor fort, die Pfeife aus dem Munde nehmend und sie kritisch betrachtend. „Ich meine zum Beispiel, wenn jemand unglücklich liebt oder einen sehr theuren Verwandten verloren hat. In normalen Zustände denkt der Mensch gewöhnlich nur an sich selbst; die Sorgen Anderer gleiten aus seinem Gedächtniß wie Wasser vom Rücken einer Ente. Aber wenn

er aus irgend einem Grunde unter Paris gekommen, packt ihn die Krankheit, sich um das Elend der Welt zu kümmern. Das war wenigstens bei mir der Fall. Im Laufe von sechs Monaten verlor ich Vater, Schwester und noch Jemand Anderes. Es giebt kein härteres Kissen, als den Deckel eines Sarges, und wenn im Laufe eines halben Jahres der Kopf eines Menschen dreimal darauf zu liegen kommt, vertiert er den Schlaf. Während ich mich nun in diesem anormalen Zustande befand, packte mich die Krankheit, und ich habe es seitdem nicht fertig gebracht, sie abzuschütteln. Das ist auch der Grund, weshalb ich heut hier bin, und nicht im West-End, wo ich ein anständiges Einkommen heranschlagen könnte.“

„Sie waren also einmal vollständig über den Haufen geworfen?“ fragte der kleine Kapitän theilnahmlos.

„Ja. Zuerst starb mein Vater. Ihm folgte meine Schwester. Und schließlich ging auch sie fort. — Sie gab mir dies“, fuhr er fort, einen schwarzen Ring aus seiner Westentasche nehmend. „Manchmal steckt ich ihn an, aber manchmal versuche ich mir einzureden, ich habe die Geschichte vergessen.“

Er steckte den Ring in die Tasche zurück.

„Wie lange ist das her?“

„Zehn Jahre. Ich war damals im Londoner Hospital, in der Abtheilung für Rußen-Patienten. Ich hatte die Examina gut bestanden und war sehr wissenschaftlich. Wenn sie lebte, würde ich jetzt wahrscheinlich etwas sein; doch so wie es kam, bin ich hier und kämpfe einen hoffnungslosen Kampf gegen den Hunger. Das ganze East-End verhungert. Was die Leute brauchen, ist Nahrung, nicht Medizin. Trotzdem kriege ich es nicht fertig, meiner Wege zu gehen,

Darunter sind aber nicht bloß Arbeiter, sondern große Gruppen anderer Bevölkerungsschichten, Kleinbürger, Kaufleute, Handwerksmeister u. s. w., von den Ehrenmitgliedern gar nicht zu reden. Und in den Motiven des Entwurfes heißt es von der staatlichen Altersrentenkasse, daß sie in den vierzig Jahren ihres Bestehens nur 800 000 Arbeiter in ihre Verzeichnisse aufgenommen habe, was eine viel zu geringe Ziffer gegenüber den 9 600 000 Lohnarbeitern in Frankreich zähle. Man kann danach einen Schluß machen auf die Bedeutung auch der genehmigten Hilfsvereine, die in demselben Verhältnis abnehmen, in welchem die Gewerkschaften an Boden gewinnen. Die Hilfsvereine, die bisher in erster Reihe mit der Krankenversicherung sich befaßten, Altersrenten nur sporadisch, in beschränktem Maße und durchaus ungenügend zahlen, leiden an schweren versicherungstechnischen Gebrechen, sie sind eine Karikatur auf eine Arbeiterversicherungskasse — 1881 zeigte sich ein Verhältnis gleich 1:4,9 der Ehrenmitglieder, die in der Verwaltung u. s. w. die erste Geige spielen, zu den Mitgliedern! — Die Verwaltung ist schwerfällig und kostspielig. Für das Arrangement der Vereinsversammlungen, für die Ausstattung der gedruckten Berichte und Rechnungsabschlüsse wird zu Ehren der Respektabilitäten viel Geld verpufft. Der Bericht eines solchen Vereins, der bei der Weltausstellung von 1878 ein Ehrendiplom erhielt, umfaßt sechzig Druckseiten, wovon die Hälfte auf das namentliche Verzeichnis der Ehrenmitglieder und ihrer Titel und Wohnungen geht.

Und diese Hilfsvereine, welche der selbständigen, freien Hilfskassenbewegung, den unabhängigen Berufsverbänden der Arbeiter Platz machen müssen und machen werden — denn sie tragen die Spuren des Verfalls deutlich an sich — sollen durch den Entwurf zu Werkzeugen der Altersversicherung gemacht, dadurch künstlich belebt und aufgepufft werden. Denn die Versicherung beim Hilfsverein bringt eine Reihe von erheblichen Vorteilen für die Versicherten, welche die direkte Versicherung bei der Staatsanstalt nicht im Gefolge hat. Wir verweisen wegen des Näheren auf unsere Ausführungen in Nr. 150, bemerken nur das Eine, daß für den Fall der Invalidität und für den Fall einer Lebensversicherung das Gesetz dem indirekt, durch den Hilfsverein Versicherten weit günstigere Bedingungen bietet, als dem direkt Versicherten. Die Motive und die Bourgeoispreffe rühmen diese Rücksichtnahme auf die freie Entschließung des Arbeiters, der den Zwang hasst und dem Individualismus huldigt. In Wirklichkeit will die Regierung die Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie den oben charakterisierten genehmigten Hilfsvereinen in die Arme treiben und die selbständigen Regungen des werththätigen Volkes auf diese unfeine Art hemmen und unterdrücken.

Oder ist diese Annahme nicht allein schon durch die Klausel gerechtfertigt, welche die Zulassung anderer Vereine, z. B. der Gewerkschaften, von der Erlaubnis des Polizeiministers, von der willkürlichen Entschließung der Regierung abhängig macht? Die Bevorzugung der anrühmlichen genehmigten Hilfsvereine erspart jede Kritik.

Die Fremdensteuer, um zum Schlusse diese Frage zu streifen, welche der Entwurf den Unternehmern auferlegt, welche ausländische Arbeiter beschäftigen, halten wir für verkehrt und unpraktisch. Die Ausnützung fremder billiger Arbeitskräfte wird nicht aufhören, wenn auch pro Kopf und Arbeitstag fortan 8 Pf. zu entrichten sind. Dafür entfällt bei den Anwendern fremder Arbeitskräfte der Unternehmerbeitrag zur Altersrentenversicherung, da, gleichfalls ein charwinistischer Mangel des Entwurfes, bloß französische Arbeiter versicherungsberechtigt sind, eine Engherzigkeit, welche die deutsche Versicherungs-

Gesetzgebung erfreulicher Weise nicht kennt. Die Fremden-Kopfsteuer wird offenbar mehr als ausgleichend werden durch die niedrigere Löhnung der ausländischen Arbeiter und durch den Fortfall der Versicherungsprämien, die ja nur für Inländer zu entrichten sind. Und wenn wir das Seelenleben der Kapitalistenklasse nur halbwegs richtig beurtheilen, wird das Altersrenten-Gesetz, falls es diese Bestimmungen des Entwurfes beibehält, eine starke Zunahme der Schmutzkonkurrenz durch intensivere Heranziehung billiger Ausländer zur Folge haben, also eine Schädigung der Arbeiterinteressen.

Der französische Entwurf ist so wenig wie das deutsche Gesetz ein Stück sozialer Reform. Die Nachteile, die er den Arbeitern bietet, werden paralytisch oder doch sehr stark beeinträchtigt durch die im Verlaufe dieser Betrachtung aufgezeigte großkapitalistische Tendenz, die darauf abzielt, die Arbeiterbewegung lahmzulegen. Die Organisation der Versicherung ist nicht einwurfsfrei, der Ruhezustand für die Arbeiterklasse ein geringfügiger. Der Normalarbeitstag ist mehr werth, als alle Versicherungsgesetze zusammen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, 30. Juli.

**Die Kornpreise steigen und steigen.** Als Herr von Caprivi vor zwei Monaten in dem preussischen Abgeordnetenhaus, den Nothrufen aus dem Lande entgegen, beherrschte: es giebt keinen Nothstand! kostete der Roggen 197,25 und der Weizen 226,00 M. die Tonne. Seit Herr von Caprivi seine Rede gehalten, sind die Kornpreise fortwährend in die Höhe gegangen. Sie standen in Berlin:

	Roggen	Weizen
am 1. Juni	208,00 M.	231,00 M.
14. Juni	212,00 "	236,50 "
20. Juli	215,75 "	243,00 "
28. Juli	221,25 "	248,75 "
29. Juli	222,25 "	248,75 "

Zu diesen Ziffern, die für sich selbst eine berechtigte Sprache sprechen, als die berechtigte Rede es vermöchte, haben wir nur zweierlei zu bemerken:

Wie man sieht, sind die Roggenpreise weit mehr gestiegen als die Weizenpreise, die jetzt ziemlich stabil sind. Es erklärt sich dies zum Theil daraus, daß die Aussichten der heutigen Roggenenernte schlechter sind, als die der Weizenernte. Aber auch nur zum Theil. Jedenfalls hat zu diesem auffälligen Mehrsteigen des Roggens, der die Hauptnahrung unseres Volkes bildet, auch die Haltung der deutschen Regierung in Sachen der Kornzölle wesentlich beigetragen.

Durch die Ankündigung des Reichskanzlers, daß die Regierung an eine Suspension, Ermäßigung oder Abschaffung der Kornzölle nicht denke, wurde die Roggen-einfuhr nach Deutschland gehemmt, weil die ausländischen Getreidehändler nun auf ein Steigen der Preise in Deutschland rechneten — eine Rechnung, die sich als durchaus richtig erwiesen hat. Es liegt in der Natur der Dinge, oder genauer, der heutigen Gesellschaft, daß Niemand seine Waare anbietet, wenn er für einen späteren Termin einen höheren Preis erwartet.

Die Vertheidiger der Brotertheuerungs-Politik haben einen Höllenspektakel vollführt über die Börsenspekulation, durch welche die Kornpreise „emporgeschwollen“ worden seien. Wir haben nie geleugnet, daß an der Börse gespielt wird, und auch in Korn. Aber den Börsenspielern, die auf hohe Preise spekuliren, stehen andere gegenüber, die auf niedere spekuliren, und im Großen und Ganzen halten beide sich die Waage. Was jedoch absolut über jeden Zweifel hinaus feststeht, das ist die Thatsache, daß die Rede des Herrn von Caprivi die Korn- und Brotpreise mächtig in die Höhe getrieben hat. Und was weiter feststeht, ist die andere Thatsache, daß ohne die unheilvollen Kornzölle all diese künstlichen Preissteigerungen und Preisschwankungen unmöglich wären.

Da giebt's kein Gefadel: die Kornzölle sind

schuldig an der künstlichen Lebensmittel-Vertheuerung und an dem Nothstande in Deutschland.

Fort mit den Kornzölle!

Die Zersahrenheit und Grundlosigkeit der gegnerischen Parteien, welche bei der Stichwahl in Kassel-Messungen zu so klassischem Ausbruch kam, wird durch die nachfolgende Notiz der „Vossischen Zeitung“ noch köstlich illustriert:

Von den drei am Montag vollzogenen Reichstags-Nachwahlen in Memel, Tilsit und Kassel-Messungen erreichen die beiden ersteren an politischem Interesse die letztere nicht annähernd. Mit ungewöhnlicher Spannung harrete man des abschließenden Wahlergebnisses aus der alten kurheffischen Hauptstadt, das durch die zeitweise Haltung der Antisemiten bekanntlich stark in Zweifel gestellt war. Die Thatsache, daß sich die Stimmenzahl für den nationalliberalen Kandidaten gegen den ersten Wahlgang um mehr als das Doppelte verstärkt hatte, deutet indeß unwiderleglich auf einen Umschwung im antisemitischen Lager; denn ohne die Stimmen der Antisemiten und Konservativen hätte nach der Gruppierung in der Hauptwahl Dr. Endemann niemals die Mehrheit, geschweige denn eine so weit überwiegende, erlangen können. Im Ganzen ist das Ergebnis so ausgefallen, wie es eine verständige politische Anschauung wünschen mußte, nur werden gewisse Vorwürfe nationalliberaler Sittenrichter wegen „unfittlicher Wahlbündnisse“ in Zukunft verstummen müssen, nachdem der nationalliberale Sieger in Kassel-Messungen, wie offenkundig ist, seinen Sieg nur einer Mischung aller Parteien gegen die Sozialdemokratie verdankt, von der sich allein die Anhänger der alten „heffischen Rechtspartei“ fern gehalten zu haben scheinen. Eine bunter schattirte Wahl-Musterkarte, als diejenige, von welcher Dr. Endemann sein Reichstags-Mandat empfängt, hat noch keine andere Stichwahl zu Wege gebracht. Konservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Antisemiten an einem Strange, das wäre die „Unfittlichkeit“ in der Potenz, wenn es nicht in Wirklichkeit der einzig vernünftige Ausweg gewesen wäre.

Also „die Unfittlichkeit in der Potenz“ ist für die gegnerischen Parteien „in Wirklichkeit der einzig vernünftige Ausweg!“

Die „Vossische Zeitung“ hat es gesagt, — dixit — und sie gilt allgemein für eins der gesinnungstüchtigsten und respektabelsten Blätter Deutschlands. Kurz, eine „Autorität“, deren Urtheilsbefähigung unsere Gegner nicht in Frage stellen können.

Das Wort der „Vossischen Zeitung“ bedeutet, daß die gegnerischen Parteien, d. h. die Parteien der kapitalistischen Gesellschaft moralisch vollständig bankrott sind, und nur noch durch „die Unfittlichkeit in der Potenz“, d. h. die aufs Neueste gesteigerte Unfittlichkeit sich am Ruder erhalten können.

Wir danken der „Tante Voss“ für das Wort, welches wir nicht vergessen wollen. —

Die Ernennung des Herrn von Gossler zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen ist heute im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden. —

Die deutschen Handelskammern fasten bekanntlich auf einer Konferenz in diesem Frühjahr den Beschluß, auf Einheitslichkeit der Berichte hinzuwirken. Wir hoben sofort hervor, daß es sich offenbar nur um tendenziöse Fälschungen handele, die durch „Einheitslichkeit“ glaubhafter und wirksamer gemacht werden sollten. Unsere Vermuthung hat sich im vollsten Maße bestätigt — in allen, namentlich den sächsischen Handelskammer-Berichten, die jetzt veröffentlicht werden, finden sich gewisse stereotype Wendungen des Inhalts, daß die sozialistischen Wahlsiege des Februar 1890, die soziale Unsicherheit und die vielen Streiks das Geschäft niedergedrückt, die Geschäfts-lage verschlimmert hätten. Allerdings werden auch andere Gründe angeführt, aber das Handelskammern, in denen doch die Intelligenz und Moral der Bourgeoisie vertreten sein soll, derartiges Zeug schreiben, das läßt die intellektuellen und sittlichen Qualitäten unserer Bourgeoisie in einem höchst bedenklichen Lichte erscheinen. —

denn die Krankheit, von der ich Ihnen sprach, hält mich zu fest.“

„Ich wollte nicht klagen, wenn ich nur etwas leisten könnte“, fuhr er fort. „Aber ich kämpfe Tag für Tag gegen eine überwältigende Masse von Elend. Ich darf den Leuten nicht dieselben Arzneien geben, die die Aerzte in West-End verordnen, denn thäte ich dies, so würden die armen Kreaturen direkt hingemordet werden. Sie haben nur schlaffes Fleisch und Blut fast ohne Sauerstoff. Das Einzige was ich thun kann, ist Wasser mit irgend einer Substanz zu färben und es ihnen zu reichen. Die armen Wesen trinken das unmittelbar, nachdem sie mein Laboratorium verlassen, und sie nennen es „stärkend“.“

„Das ganze East-End verhungert, sagen Sie?“ fragte Kapitän Lobe.

„Ich will damit nicht sagen, daß sie kein Brot haben“, erwiderte der Doktor. „Aber sie sind alle ungenügend genährt. So ist es geradezu brutal, Kinder ohne ein ordentliches Frühstück in die Schule zu schicken; das Hirn von Knaben und Mädchen anzustrengen, deren Mägen leer sind. Wären diese Armen nicht so wunderbar freigebig untereinander, so würde das Resultat eine Generation von Idioten sein. Und gerade diese ihre Haupttugend macht die Leute so anziehend, und ihr Elend bindet jedes Menschenkind, das die Sorgen dieser Welt empfunden, wie mit einer schweren Kette an sie.“

Er hielt eine Minute lang inne. Dann fuhr er fort: „Die Krankheit würde mich niemals gepackt haben, wenn ich nicht „über den Haufen geworfen worden“ wäre, wie Sie es nannten. Ich lehrte von ihrer Beerdigung in einer abnormen Verfassung heim. Die Leute sagten, ich hätte über ihr Grab hinweg, meine Hand dem Manne herübergereicht, den ich am meisten haßte. Wenn ich es gethan, muß es im Traumbestand gewesen sein, denn es erschien mir ein so winziges Ding, ihm zu vergeben. Nach meiner Heimkehr verfolgten mich die Geschichten der Patienten. Aus den Augen der verhungerten Männer und Frauen blühten mich immer wieder ihre Augen an. Ich bekam es nicht fertig, zurück zu gehen. So blieb ich hier als Gemeinde-Arzt. Sehn Jahre bin ich nun hier, seit Jahren

überzeugt, daß es für die Leute besser wäre, zu sterben, als in diesem Zustande des halben Verhungerns zu leben. Trotzdem bin ich noch hier. Ich helfe, Strophulöse Kinder in die Welt zu bringen; ich rüde vom Siechthum ergriffene Patienten wieder auf, ich lasse die Menschen mit Seelenruhe ins Grab sinken. Ich richte nichts aus und doch kann ich nicht fortgehen. Das Elend, dessen Zeuge ich bin, zwingt mich, als Gemeinde-Arzt hier zu bleiben.“

Er streckte seine langen Arme auf dem Kaminsims aus — ein moderner Prometheus, an den Felsen geschmiedet durch das Elend seiner Mitmenschen.

Kapitän Lobe schaute im Zimmer umher, es schien ihm, als sehe er die Fluth des menschlichen Elends, die hier täglich kam und ging, die Wogen des Hungers, die sich an dem Pult des Doktors brachen. Ein offenes Buch lag auf dem Schreibtisch; ein Buch, angefüllt mit Krankheitsfällen; „Schwäche“ hieß es darin, oder „Stropheln“, oder andere Krankheiten, die durch Mangel an Sauerstoff und durch ungenügende Ernährung hervorgerufen werden. Der Fußboden war ohne Teppich; er wies die Spuren der müden Füße arbeitsloser Männer und überarbeiteter Frauen auf. Eine Thür führte in die Apotheke hinein; eine andere in einen kleinen Raum, der zu einem Laboratorium hergerichtet war. Eine Lampe gestattete Kapitän Lobe, diese Privatwerkstatt zu überschauen, in welcher der Gemeinde-Arzt seiner Liebe zur Wissenschaft nachging. Doch selbst, wenn er hier Tag und Nacht arbeitete, vermöchte der moderne Prometheus kein Heilmittel gegen das Elend anzufinden, das sein Beruf ihm enthalte; es sei denn, er entdeckte ein chemisches Geheimniß, das Männer und Frauen dagegen schützt, Brot zu brauchen, und die Kinder in den Stand setzt, auch ohne Nahrung und Kleidung zu gedeihen. Das Zimmer wies eine stattliche Menge wissenschaftlicher Werte auf, aber kein Blick auf den Bücherregalen vermochte zu sagen, welche Arznei die Nacht besitze, die schlimmen Wirkungen des Hungers anzuhängen.

„Von Zeit zu Zeit gehe ich in's West-End,“ sprach der Doktor, „und ich muß mich fragen, ob die Leute dort toll oder schlecht sind, so abgeschmacktes Zeug schwagen sie. Sie scheinen die Thatsache nicht zu begreifen, daß die Trunken-

heit eine Wirkung der elenden Lage des Volkes ist. Sie sagen: „Die Armen sollten nicht so viel Kinder haben.“ Dören Sie nun, was Friedrich Engels über diesen Gegenstand sagt.“ Er nahm ein Buch und las:

„Alle möglichen Uebel werden auf das Haupt der Armen gehäuft. Ist die Bevölkerung der Stadt überhaupt schon zu dicht, so werden sie erst recht auf einen kleinen Raum zusammengedrängt. Nicht damit zufrieden, die Atmosphäre in der Straße verdoeben zu haben, sperrt man sie dundendweise in ein einziges Zimmer, so daß die Luft, die sie Nachts atmen, vollends zum Ersticken wird. Man giebt ihnen feuchte Wohnungen, Kellerlöcher, die von unten, oder Dachkammern, die von oben nicht wasserdicht sind. Man baut ihre Häuser so, daß die dumpfige Luft nicht abziehen kann. Man giebt ihnen schlechte, zerlumpte oder zerlumpende Kleider und schlechte, verfälschte und schwer verdauliche Nahrungsmittel. Man setzt sie den aufregendsten Stimmungswechseln, den heftigsten Schwankungen von Angst und Hoffnung aus — man heizt sie ab, wie das Wild, und läßt sie nicht zur Ruhe und zum ruhigen Lebensgenuss kommen. Man entzieht ihnen alle Genüsse, außer dem Geschlechtsgenuss und dem Trunk, arbeitet sie dagegen täglich bis zur gänzlichen Abspannung aller geistigen und physischen Kräfte ab und reizt sie dadurch fortwährend zum tollsten Uebermaß in den beiden einzigen Genüssen, die ihnen zu Gebote stehen.“

„Das ist eine wahrheitsgetreue Schilderung der Sachlage. Aber die Leute, die wirklich zu beschränkt sind oder absichtlich nichts wissen wollen, erklären rundweg: „Der arme ist im Allgemeinen schlecht.“ Sie können oder wollen nicht einsehen, daß so lange diese Leute in solchen Verhältnissen leben, sie auch den beiden einzigen Genüssen, die ihnen zur Verfügung stehen, fröhnen werden. Ich werde manchmal während über diese armen Menschen, wie zum Beispiel heut Abend über jenen Mann; aber gewöhnlich empfinde ich nur Mitleid mit ihnen, denn sie sind die Opfer eines Zustandes des Barbareismus, den einige Leute „Civilisation“ nennen.“

„Was glauben Sie aber, kann geschehen?“  
 „Das ist eine sehr schwere Frage. Wenn ich jünger

Der sächsische Kriecherbund hielt am vorigen Sonntag in Dresden seine Generalversammlung ab. Es wurde dort beschlossen, daß jeder Verein alle Ausweisungen (?) von Mitgliedern, welche (Mitglieder?) wegen sozialdemokratischer Umtriebe und sittlicher Verkommenheit erfolgen, dem Bezirksvorsteher und Bezirkskommando sofort anzeigen hat. Wir danken für das Kompliment. Eine Gefälligkeit ist aber der anderen werth, und so raten wir dem sächsischen Kriecherbund, den Kameraden Winkelmann, dessen Verhaftung soeben gemeldet wird, zum Ehrenmitglied, womöglich Ehrenpräsidenten zu ernennen. Er ist politisch, so rein und zweifelsohne, so fern von allen sozialdemokratischen Umtrieben und aller sittlichen Verkommenheit, daß er dem Bund, und der Bund ihm entschieden zur Stütze gereichen würde.

Ja — er ist verhaftet, das künftige Ehrenmitglied. Er hat zwar mit seinen Kumpanen einige Millionen gestohlen, indes das thut der Respektabilität keinen Abbruch, und daß Niemand von seiner eigenen Arbeit reich wird, das hat sogar ein österreichischer Finanzminister zugestanden. Und ist Baare nicht der Liebling unserer Bourgeoispreffe?

Kamerad Winkelmann, das künftige Ehrenmitglied des Kriecherbundes, wird möglicherweise bald wieder die alte Welt mit seiner Anwesenheit beglücken. Er war nämlich drüben zu dreißig geworden und am 30. Juni erreichte ihn irgend ein argentinischer Häscher. Jetzt sitzt er in Buenos Ayres und die „beste“ (und „patriotischste“) „Gesellschaft“ in Leipzig schmeißt Blut und denkt zitternd und zähneklappernd der Enthüllungen, welche bevorstehen, wenn die Auslieferung beschloffen und bewerkstelligt wird. Aber vielleicht läßt sich das Furchterliche noch abwenden. Argentinien ist weit und der brave Winkelmann kommt es auf ein Willkürchen nicht an — auch nicht auf zwei und mehr.

Ueber das Recht der Nothwehr sagte der Professor Zürcher zur Verteidigung der liberalen Tessiner Revolutionäre vor dem Schwurgericht in Zürich u. a. Folgendes:

Die moderne Zeit anerkennt das Recht der Nothwehr im weitesten Sinne: das Recht soll dem Unrecht nicht weichen, in keinem Falle.

Die Nothwehr auf dem Gebiete des Staatsrechtes wird, ausgedehnt, gleich gut wirken, wie auf dem Gebiete des persönlichen Rechtes. Soll ein Despoten, das sich durch Hinterlist auf ein Sesseln geschwungen, sakrosankt (allerheilig) sein; sollen hinter ihm die eidgenössischen Bajonette stehen und das eidgenössische Zuchthaus? Die Angeklagten repräsentieren die Partei, in deren Hand wahrscheinlich eine bessere Zukunft des Landes liegt.

Es ist ein tiefer Schaden für die Justiz, wenn Leute, die Gutes thun für Andere, darum verfolgt werden wie Verbrecher. Wenn das Zuchthaus nicht mehr entehrt, wenn die Entrüstung des Volkes sich gegen die Richter, statt gegen das Verbrechen richtet, wie kann da die Justiz bestehen; ein politisches Verbrechen liegt nicht vor, wenn eine Revolution siegreich Gutes schafft.

Dazu bemerkt die schweizerische „Arbeiterstimme“:

O, dieser Tessinerprozeß ist unbezahlbar für die Erfrischung des politischen Lebens und besonders für die Aufrechterhaltung der Rechte der Unterdrückten.

Lebt es, Arbeiter, lebt es zehn Mal, was der Herr Professor sagt! Es gilt natürlich auch für Euch, es gilt für Alle.

Sind die Arbeiter nicht in der Nothwehr, wenn sie ihr Vereinsrecht und ihre Meinungsfreiheit gegen die Arbeitsherren verteidigen?

Sind sie nicht in der Nothwehr, wenn sie brutal auf die Straße geworfen und zum Hungertode verurtheilt werden?

Sind sie nicht in der Nothwehr, wenn sie stündlich von gemeinen Arbeitsherren gequält werden?

Werden die Sozialdemokraten nicht verfolgt wie Verbrecher, weil sie Gutes thun, für Andere?

Geht man ihnen nicht die politische Polizei auf den Hals?

Antwortet Euch, Arbeiter, antworten Sie sich, Herr Zürcher! —

Der englische Ministerpräsident hat bei dem Lordmayors Essen eine „sehr friedliche Rede“ gehalten.

wäre, würde ich die Medizin aufgeben und zur Politik übergehen. Ich würde die Leute lehren, ihr Wahlstimme zu gebrauchen, um ihre eigenen Leute ins Parlament zu senden, und ich selbst würde in St. Stephens für Maßnahmen agitieren, die den Proletariats zum Herrn der Situation machen würden. Mit einem Wort, ich würde ein Reform-Sozialist werden, der alle gesetzlichen Mittel anwendet, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Gott weiß, wie sehr diese der Besserung bedarf!

Zu dem Apothekerladen läutete eine Klingel, und der Doktor sagte: „Der Mann ist zurückgekommen.“

„Warum führten Sie mich hier herein?“ fragte Kapitän Lobe und erhob sich, um das Zimmer zu verlassen. „Was hatten Sie mir mitzubringen?“

„O, es betraf das kleine Mädchen in — Square. Sie ist von der Krankheit ergriffen — ich will damit sagen, sie hat den Wunsch, sich der Heilsarmee anzuschließen. Ich kannte ihre Mutter und kenne sie selbst von ihrer Geburt an. Sie darf die Höhlenarbeit nicht übernehmen; sie ist zu jung dazu.“

„Gut“, erwiderte Kapitän Lobe, „doch es ist nicht meine Schuld.“ Und „Heilsarmee“ setzte sich die Wäsche auf und trat in die Apotheke zurück.

„Habt Ihr Eure Frau gefunden?“ fragte er den Mann. „Nein, sie ist nicht im Londoner Hospital.“

„Dann müssen wir nach St. Bartholomäus gehen.“

Sie verließen die Apotheke und schlugen den Weg zur City ein. Kapitän Lobe schritt, die Hände in den Hosentaschen, vorwärts, der Mann (sobald neben ihm her, unidentifizierte Sache vor sich hin murmelnd. Die schmutzigen Stüchchen Papier lasteten bleicher in seiner Tasche, doch warf er sie nicht fort. Er war zu angsterfüllt, um während sein zu können. Er dachte der Tage, da er noch frei war und auf Werbung ging, bevor er sich ein Weib nahm und bevor, sich in dem kleinen elenden Zimmer, an dessen Eingangsöffnung täglich ein Schwarm menschlicher Insekten summte, die Kinder zu vermehren begannen. Sein Weib war, als er sie geheiratet, ein niedliches kleines Ding gewesen, und das Zimmer hatte anfänglich stets sauber ausgesehen.

(Fortsetzung folgt.)

Das ist jetzt Mode. „Gibt nichts und schadet auch nichts — man muß die Gläubigen stärken“. Es schadet wenigstens nichts, und insofern ist die neue Mode besser als die alte Bismarck'sche der Kaltwasserstrahlen und systematischen Alarmirungen. —

Herr Parnell macht wieder viel von sich reden. Er hat die Frau seines Freundes, nachdem dieser sich von ihr geschieden, regelrecht geheiratet — zur größeren Ehre der heiligen Bourgeois-Ehe —, hat, da er zuviel Schulden hatte, sich für insolvent erklären lassen, jedoch in einer so feinen und korrekten Form, daß sein Mandat dadurch nicht hinfällig wird — hat in der Person eines Anhängers eine gesunde Wahlmiederlage erlitten — hält jeden Tag eine Rede, eine immer demagogischer als die andere — kurz zeigt, daß er ein würdiges Kind seiner Zeit ist, und aus Sterben so wenig denkt, wie sein halber Leidensgenosse der Ex-Vizekanzler von Deutschland. Nun, für uns ist er tot — wie auch der andere. —

Da wir gerade von Todten sprechen, so sei noch des biederen Crispi gedacht, der wieder einmal etliche Rabau-Artikel in die Presse eingeschmuggelt hat. Da Herr Crispi sonst „nichts zu sagen hat“, kann man ihm diesen Zeitvertreib wohl gönnen. —

In Italien „spart“ man. Auf siebenhundertfünfzig Millionen sollten — nach Abzug der ebenfalls etliche hundert Millionen betragenden Zinsen für die Staatsschuld — die Budgetausgaben für dieses Finanzjahr sich belaufen. Und davon will die Regierung ganze dreißig Millionen „sparen“ — wenigstens auf dem Papier. Es macht das 4 pCt. des Ausgabenbudgets — und bloß 8, wenn die Zinsen für die Staatsschuld und andere „eiserne“ Ausgaben (wie Zivilisten u.) eingerechnet werden. Es fragt sich aber, ob es selbst auch nur auf dem Papier zu dieser „Ersparnis“ kommen wird, da die Minister aller Ressorts erklären, in ihrer Abtheilung sei nichts abzuknapsen — das müsse in einer anderen geschehen. Und, wenn auch schließlich noch eine „andere“ Abtheilung in der vierten oder fünften Dimension gefunden werden sollte, so ließe das thatsächlich auf das Gleiche hinaus, als wenn keine gefunden würde. Denn die „gesparten“ Ausgaben werden doch gemacht, und nicht bloß das: es werden noch mehr gemacht werden. Denn, einmal die Nothwendigkeit der eingestellten Ausgabenposten zugegeben, so sind dieselben in den Hauptdepartementen: Armee und Flotte bereits so „sparsam“ angelegt, daß — die Voranschläge gar nicht eingehalten werden können, sondern überschritten werden müssen. Ist die Kerze an zwei Enden angesteckt, wie der Militarismus das that, dann giebt's kein „Sparen“, außer als schlechten Witz.

Dem Militarismus muß das Genick gebrochen werden — und das wird das Ministerium Rudini nicht thun, so wenig wie das Ministerium Crispi es gethan hat. —

Ein amerikanischer Politiker und Nationalökonom, Herr A. B. Farquhar in York (Pennsylvanien) Präsident einer der größten Fabriken für Ackerbaugeräthe, hat sich in der Zeitschrift „Agricultural Supplement Herald“ auf das Schärffste gegen die Schutzoll-Politik ausgesprochen. Er sagt:

Wir verkaufen Waren von 5 bis zu 10 pCt. billiger an Kunden im Auslande und dortige Wiederverkäufer als an unsere inländischen Abnehmer.

Sie wünschen zu wissen, wie das möglich ist. Die Antwort ist sehr einfach. Ich verkaufe eben zu den bestehenden Marktpreisen und kann weder mehr erhalten, noch darf man erwarten, daß ich weniger nehme.

Der Schutzoll auf die Erzeugnisse ausländischer Industrien und auf Rohmaterialien steigert die Preise in diesem Lande zu einer Höhe, wie sie in Ländern mit weniger ungünstigen Verhältnissen für den Konsumenten nie erreicht werden können. Für unseren Export allerdings kommt uns die Zurückzahlung der Zölle auf zu dem Zwecke verarbeiteten Rohmaterialien zu gute, und wenn dieselbe auch durch die sehr lästigen Bedingungen, welche damit verknüpft sind, nicht allzu große Bedeutung hat, so ermöglicht sie es uns doch, nach dem Auslande billiger zu verkaufen, als im Inlande. Wir verkaufen auswärts unter den Bestimmungen eines freien Marktes mit dem denkbar kleinsten Profit. An manchen Plätzen, die wir für den Export fabriciren, verdienen wir nicht mehr als einen Dollar für uns selbst und zur Bezahlung der Arbeiter, da das Rohmaterial, worunter hier die einzelnen Theile des Pfluges zu verstehen sind, so viel kostet. Rohmaterial in der richtigen Bedeutung des Wortes ist Material, wie es in einer Fabrik zur Verwendung gelangt. Das Rohmaterial einer Industrie ist oft das fertige Produkt einer anderen.

Ich sympathisire vollständig mit dem amerikanischen Farmer und heisse jeden Protest gegen zu hohe Preise herzlich willkommen. Ich würde mit Freuden die höheren Preise, welche „Protektion“ den Konsumenten zu zahlen zwingt, gegen die Erlaubnis zur freien Einfuhr von Rohmaterial eintauschen. Freier Markt überall würde für uns eine eben so große Erleichterung sein, wie für den amerikanischen Konsumenten.

Die Schafzüchter in Indiana und Ohio wurden dahin belehrt, daß die McKinley-Bill höhere Wollepreise herbeiführen würde. Doch was war das Resultat? Der Woll auf fremde Wolle hat den Zusammenbruch vieler unserer größten Spinnereien herbeigeführt und die Arbeiter so mit brotlos gemacht. Die feine amerikanische Wolle wird nicht weiter zum Wischen gebraucht und konsequentermaßen erhält der Farmer von 4 zu 5 Cent's weniger für das Pfund, seit die McKinley-Bill in Kraft getreten ist, abgesehen davon, daß er mehr für Kleider, Teppiche und andere Wollwaren bezahlen muß. Sicherlich, die Geschichte unseres Tarifwesens beweist, daß je höher der Zoll auf Wolle, desto niedriger der Preis ist, welchen unsere Schafzüchter erzielen, was sich aus der Nothwendigkeit der Mischung mit anderen Wollarten ergibt. Zu der Zeit, als Wolle sozusagen frei eingeführt werden konnte, wurden in Pennsylvania doppelt so viele Schafe gezüchtet, als jetzt.

Dies ist die Schlusslehre der ganzen Angelegenheit: Um dem amerikanischen Farmer die möglichst niedrigen Preise für seine Gebrauchsgüter und die möglichst höchsten für seine Produkte zu verschaffen, muß der Schutzoll abgeschafft werden. —

Diese Erklärung hat unter den amerikanischen Hochzöllnern natürlich einen Sturm von Entrüstung erregt, man droht Herrn Farquhar sogar mit Ruinirung seines Geschäfts. Auf die Dauer kann sich aber der Lärm der Schutzollerei doch nicht halten — drüben abern „großen Wasser“ ebenso wenig als bei uns. —

Aus China kommt die seltsame Kunde, daß der Sohn eines Gesandten wegen Aufreizung zu Mord und Ge-

waltthat in Shangai verhaftet worden sei. Jedenfalls braut dort die Diplomatie etwas in ihrem Regentessel. —

Betreffs der albernsten Notiz, daß der Brüsseler Kongress den Fall Vollmar zu entscheiden haben werde, bemerkt unser belgisches Bräuderorgan, der „Peuple“ in Uebereinstimmung mit uns und allen uns bekannten ausländischen Genossen der internationale Kongress habe sich in die inneren Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei irgend eines Landes nicht einzumischen. —

Zu dem Zwiespalt (also nicht mehr Spaltung) in der sozialdemokratischen Partei“ schleppt die Bourgeoispreffe jetzt auch ausländische „Preßstimmen“ herbei. So zitiert die „National-Reitung“ einen recht interessanten Artikel des in Paris erscheinenden „anarchistisch-kommunistischen“ „Revolte“. Es heißt da:

Die einzelnen Punkte des neuen Parteiprogramms sind für uns das deutliche Zeichen, daß die alte Partei tobt ist, unwiderruflich tobt ist, und daß den jungen Sozialdemokraten, die ihren Führern nicht auf den Ferwegen gefolgt sind, nichts übrig bleibt, als eine neue sozialistische Partei zu begründen auf völlig neuen Grundfäsen. Die alte Partei geht nur daraus aus, die Macht mit der bestehenden Regierung zu theilen. Für die Dienste, die sie derselben geleistet hat, indem sie einerseits Bismarck, andererseits die revolutionären Elemente bekämpft, verlangt sie ihren Antheil im Rathe des Kaisers. Sie verspricht, diese Abfindung, so klein sie auch ist, anzunehmen — selbst unter der Regierung Wilhelm's II. und seiner Minister. Aber ein solches Versprechen bedeutet, wenn es ausgeht von einer ehemals revolutionären Partei, den Tod dieser Partei, nicht nur als revolutionärer, sondern selbst als Reformpartei.

Das, was die Partei in der That verlangt, ist: Theilnahme an der Herrschaft der kaiserlichen Regierung und der „Bourgeois“. Sie tritt auf Seiten der Ausbeuter unter der Bedingung, daß man sie an der Ausbeutung theilnehmen läßt. Ja, wenn einzelne Männer, die im langen Kampfe erschöpft und abgenutzt sind, eine solche Wandelung vollziehen, so mag das angehen — für eine revolutionäre Partei bedeutet das Auflöfung, und darum haben die „Jungen“, d. h. die wahren Sozialdemokraten, die Pflicht, nicht die Partei zu reformiren, sondern eine neue zu schaffen, denn es sind nicht allein Bedel, Diebstecher, Vollmar u. s. f. abgenutzt, sondern diese ganze „Organisation“. Die „Jungen“ haben in der That mit der alten Partei nichts mehr zu thun. Wie die Menschen, so haben auch die politischen Parteien ihre Perioden des Fortschritts und des Niederganges — und diese Partei ist in die letzte Phase eingetreten. Sie muß sterben, sie muß in die „reaktionären“ Parteien aufgehen. Aber die Masse bleibt, sie verklingt sich immer, und es ist jetzt die Aufgabe der „Jungen“, eine neue Form zu finden: keine persönlichen Kämpfe! Laßt die Alten sterben, die Todten ruhen!

Die Prinzipien der alten Partei kritisch zu verbessern, die von Marx gefundenen und fast schon überholten Grundfäse weiter auszuführen, die veraltete jakobinisch-republikanische Form zu beseitigen — volle Guer Thema! Die Arbeit ist schwer, aber da die „Jungen“ mit dem Fortschritt marschiren und nicht gegen ihn, so werden sie siegen. Unsere besten Wünsche begleiten sie.

Dazu fügt die „National-Zeitung“ hinzu: „Unsere Wünsche nicht minder.“ Was wir ihr gern glauben.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zu der Notiz in Nr. 175 erwidere ich: Ich habe das gesagt, was die Blätter mit in den Mund legen, weil es die Wahrheit ist. Es wurden die Zettel, auf welchen ich mich zweimal zum Wort meldete, um in der „Frauenfrage“ auf Wunsch der Frau Ihrer und Frau Jettin zu sprechen, unter den Tisch geworfen und erhielt ich das Wort nicht. Das ist übrigens die einzige unangenehme oder „able“ Erfahrung, die ich auf dem Pariser Kongresse gemacht habe. Wer die von mir herausgereichten Zettel fortwarf, kann ich natürlich nicht angeben. Berlin, den 30. Juli 1891.

In An die Redaktion des „Vorwärts“, hier.

Mit Bezug auf Vorstehendes habe ich einfach zu wiederholen, daß keine Wortmeldungen, also auch keine des Herrn Regierungsbauamteilers a. D. Kehler von dem Bureau des Pariser Kongresses unter den Tisch geworfen, d. h. unterschlagen worden sind. Herr Kehler, der dies behauptet, sagt die Unwahrheit. Wenn er einmal, trotz schriftlicher Anmeldung, das Wort nicht bekommen hat, so kann der Grund nur darin gelegen haben, daß die Debatte vorher geschlossen war. Berlin, 30. Juli 1891. W. Liebknecht.

### Briefkasten der Redaktion.

B. 15. Bei der Substation eines Hauses werden die Miethkontrakte nicht ohne Weiteres ungültig, es kann vielmehr nur eine dreimonatliche Kündigung erfolgen. Den Substationstermin können Sie auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts, Neue Friedrichstr. 13, in Erfahrung bringen.

B. 16. Lesen Sie doch Ihren Miethkontrakt. Sie müssen jeder Zeit dem Wirth und einigen Miethgläubigen die Verschickung der bereits gekündigten Wohnung gestatten. Wenn Ihre Frau nicht zu Haus, müssen Sie den Schlüssel bei einem Nachbar niederlegen oder sonstige Sorge tragen, daß die Verschickung jeder Zeit dem Wirth möglich ist.

B. 17. Sie können im Prozesse einwenden, daß Kläger nicht mehr Inhaber der Forderung ist, sondern daß diese auf den Käufer des Geschäfts übergegangen ist. 2. Das Eingetragene der Frau unterliegt wegen Schulden des Mannes nicht der Pfändung. Welche Sachen als unentbehrlich von der Pfändung ausgeschlossen sind, kann nicht allgemein bestimmt werden, sondern richtet sich nach den Familienverhältnissen des Schuldners.

B. 18. Burgdamm. Zum Verkauf von Flaschenbedürfnissen Sie keiner Konzeption. Doch dürfen Ihre Kunden das Bier bei Ihnen nicht im Laden trinken.

Bürgerfrage. Ihr Bruder kann ruhig auswandern, wenn er den Nachweis führt, daß seine in Amerika lebende Mutter Willens und im Stande ist, für seinen und seiner Familie Unterhalt aufzukommen.

B. 19. Ihre Kündigung ist verspätet, der Mieth in seinem Recht.

Pallfadenstraße. Ihrer Frau kann das Begräbnis am dem katholischen Kirchhofe verweigert werden, wenn sie nicht Katholikin ist, sonst nicht.

**Theater.**  
 Freitag, den 31. Juli.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.**  
 Die Fledermaus.  
**Solkalliance-Theater.** Jung-Deutschland zur See.  
**Offend-Theater.** Berlin unter Wasser.  
**Adolph Ernst-Theater.** Die Weltschwimmerinnen.  
**Hausmann's Varietés.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Stablissement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seibel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

**Passage-Panopticum**  
 und  
**Spezialitäten-Theater.**  
 Entree 50 Pf.  
 Geöffnet von 10-10 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165,  
 Ecke Behrenstrasse.  
**Hamilton-Theater**  
 Original! Ueberraschend!  
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Moabiters Gesellschaftshaus**  
 Alt-Moabit 80-81.  
 Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.  
 Täglich Gr. Konzert.  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Stürmischer Beifall der Familie Leopold (6 Personen).  
 Großer Erfolg des neu engagierten sensationellen Künstler-Personals.  
 Kolossaler Jubel der Sensations-Pantomime Barbier und Schuster.  
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Entree 50 Pf. Reservierter Platz 50 Pf. — Kaffeetische ist geöffnet.  
 Volksbelustigungen aller Art.  
 Sonntag, Montag, Mittwoch Ball.  
 Holmuth Peters.

**G. Wolf's Tanz-Institut**  
 Adalbert-Strasse 8. 783b  
 Sonntag, 2. u. 9. August, beginnt ein neuer Kursus f. Anfänger. Meldungen täglich. Privat-Unterricht jederzeit.

**Bereinszimmer**  
 verg. SW. Simeonstr. 23 b. A. Flick.  
**Parteienoffen u. Genossinnen**  
 empfehle ich meinen neu eingerichteten Garten mit zwei Regalbahnen. Auch können Familien Kaffee trinken. Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.  
**Otto Thierbach,**  
 966L Schwedterstr. 44.

Bringe meinen Freunden u. Genossen meine **Kind- u. Schweine-schlächtere** in freundschaftliche Erinnerung.  
**Zentral-Markthalle Stand 148.**  
 527L Carl Aurin.  
**Die Mehlschneidung v. L. Brachvogel,** Kantowstr. 75, empf. bestens: Vorr. Hartgries 3 Pf., Flammri 1 Pf. 25 Pf. Sibirerfah 70 Pf. Hochf. Wiener Gries in 3 Körnungen, fein, mittel und grob, 4 Pf. 25 Pf. Feiner Leipziger Gries in 3 Körnungen, fein, mittel und grob, 4 Pf. 20 Pf. Besten Weisgries . . . . . 20 Pf. Prima Karolinenreis . . . . . 30 Pf. Prima Javareis . . . . . 25 Pf. Japanreis 20 Pf., Bruchreis 15 Pf.

**Zigarrengeschäft,**  
 gut eingerichtet und eingeführt, in guter Lausgegend, ist sofort billig anderweitig. Unternehmungen halber zu verkaufen. Zu erfragen bei R. Herzfeldt, Fährbringerstr. 17 II. 1046L

**Staare,**  
 jung, alleinstehend, M. 125, Kreuzschindel 80 Pf., Zeigle 80 Pf., Doppelpfaffen zum Anlernen M. 2,—, nur reelle Männchen. 1097L  
**Schnelle, Schalkerstr. 132.**

Gangbare Destillation ist umständehalber zu verkaufen. Näh. Reinickendorferstr. 60c bei Schwalbe. 1051L

**Milch- und Sahnen-Niederlage**  
**A. Alschner, Ranninstr. 65a.**  
 Milch und Frühmilch wird, auch auf groß. Entfernungen, frei ins Haus geliefert.  
**Dr. Hoesch, homöopath. Arzt**  
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

**Maurer**  
 Berlins und Umgegend.  
 Sonntag, den 2. August, im Feen-Palast, Wolfgangstraße  
**Öffentliche Generalversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Welche Form der Zentralisation ist die zweckentsprechendste? Referent **L. Schreud** aus Frankfurt a. O.  
 2. Diskussion.  
 3. Gewerkschaftliches.  
 Es ist Pflicht eines jeden Maurers in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
**Der Vertrauensmann der Maurer Berlins.**  
 Wilhelm Gercke, Straßburgerstr. 88.

**Zentral-Verband deutscher Maurer (Ruher)**  
 Zahlstelle Berlin I.  
 Sonntag, den 2. August, Vorm. 11 Uhr, in den Bürgerkäfen, Dresdenerstr. 90.  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Unsere diesjährigen Arbeitsverhältnisse. 2. Antrag betreffs Regelung des Rechtschutzes. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Büllets zu dem am 29. August stattfindenden Sommernachtsball.  
**Die Lokalverwaltung.**

**Fachverein der Weber und verwandter Berufsgenossen.**  
 Sonnabend, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Holzmann, Andreasstr. 26.  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Beschlussfassung über die Befugnis des Vereinsvermögens. 2. Stellungnahme zur Expedition unseres Fachorgans. 3. Verschiedenes. 4. Auflösung des Fachvereins.  
 Das Mitgliedsbuch ist an der Kontrolle vorzuzeigen. Die Mitglieder vom Vergütungskomitee werden ersucht, nach der Versammlung abzurechnen.  
**Der Vorstand.**

**Klempner Berlins.**  
 Sonnabend, den 1. August, Abends 8 Uhr, bei Gratweil, Kommandantenstr. 77/79.  
**Große öffentliche Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Antrag auf Auflösung der Lohnkommission. 2. Zustände in einigen Werkstätten. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.  
 Die Kollegen der Hof-Klempnermeister Thielemann'schen Werkstatt, sowie auch diejenigen Kollegen, welche daselbst gearbeitet haben, auch die Kollegen von Markus, Steglitzerstr. 10, sind zu dieser Versammlung eingeladen.  
 Die Statistik der Klempner Berlins kommt in dieser Versammlung zur Ausgabe und werden besonders die ehemaligen Mitglieder des Vereins der Klempner eingeladen.  
**Der Vertrauensmann. Voges.**

**Fachverein d. Musik-Instrumenten-Arbeiter (Klavier-Arbeiter-Verein.)**  
 Sonnabend, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.  
**Vereins-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dir. Kanitz über „Nervosität“. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
**Der Vorstand.**

**Töpfer, Charlottenburg!**  
 Die nächste Versammlung des Fachvereins findet am Sonntag, 2. August, Vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Bismarckshöhe“ statt.  
**Der Vorstand.**

**Allgem. Brauer-Verband (Gauverein d. Prov. Brandenburg).**  
 Freitag, den 31. Juli, Abends 8 Uhr:  
**Monats-Versammlung**  
 bei Fauerstein, Alte Jakobstr. 75, im unteren Saal.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Halbjähr. Klassenbericht. 2. Nähere Besprechung über die bevorstehende Landpartie. 3. Vorbesprechung über den Delegiertentag. 4. Verlesung eingegangener Schreiben. 5. Wahl von Vertrauensmännern. 6. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**  
 NB. Die Büllets zur Landpartie kommen zur Verteilung.

**Verein der Einsetzer (Tischler).**  
 Sonntag, den 2. August, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstr. 44:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über die heutigen bürgerlichen Parteien und die Arbeiter-Kasse. Referent: Herr Link.  
 2. Diskussion.  
 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
**Der Vorstand.**

**Allg. deutscher Sattler-Verein (Filiale Berlin).**  
 Sonnabend, den 1. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Meyer, Alte Jakobstr. 88:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Hrn. Appelt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

**Achtung! Album-, Karton-, Luxus-papier-Arbeiter, Presser etc.**  
 Da wiederholt Arbeiter obiger Branchen bei uns verlangt wurden, ohne daß diese Stellen besetzt werden konnten, so ersuchen wir die Arbeitslosen, den Arbeitsnachweis, Dresdenerstraße 116, mehr als bisher in Anspruch zu nehmen. Geschäftsstunden Mittags von 12-1, Abends von 8-9, Sonntags von 10-11 1/2 Uhr.  
**Die Kommission.**

**Wilmersdorf! Gesang-Verein Hoffnung II.**  
 (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes.)  
 Sonntag, den 2. August, im Volksgarten: 159/16  
**Großes Sommerfest**  
 unter Mitwirkung mehrerer Gesang-Vereine des Arbeiter-Sängerbundes.  
 Anfang 3 Uhr. Entree 25 Pf.  
 Hierzu ladet Freunde und Genossen ergebenst ein  
**Der Vorstand.**

**Danksagung.**  
 Allen Freunden, Verwandten, Genossen, Mitarbeitern und den Chefs Schützler & Co. meines verstorbenen Mannes, des Wärtlers **J. Mitschke**, für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Mitschke** nebst Kindern.

Die Beleidigung, welche ich am 3. Juli gegen den Schankwirt **E. Liebis**, Oranienstraße 4, ausgesprochen habe, nehme ich zurück.  
**Tramowski, Ranninstr. 18.**  
**Kohtabal A. Goldschmidt,**  
 Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantirt reiner brennender Tabak. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Kohtabale sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Ecker'schen Markt. 1746**  
**Freie Aussicht** Bohn. v. 2-3 Stab. mit u. ohne Bad, Balkon. Erler sof. z. verm. Friedenstr. 55, Eckhaus.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Sonthstraße 2.  
**Heft 2**  
 der Reden u. Schriften Ferd. Lassalle's  
 kommt am  
**Sonnabend, den 1. August**  
 2 Uhr Nachmittags, zur Ausgabe.  
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsdepoteure und Kolporteurs entgegen.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutsch. Drechsler u. deren Berufsgenossen**  
 (E. H. Nr. 86. Hamburg). 137/10  
**Mitglieder-Versammlungen**  
 Sämtlicher Berliner Verwaltungsstellen finden an folgenden Tagen statt:  
**Bezirk A.** Sonntag, den 2. August, Vorm. 11 Uhr, bei Holzmann, Andreasstr. 26.  
**B.** Mittwoch, den 5. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Döberstein, Mariannenstr. 31-32.  
**C.** Mittwoch, den 5. August, Abends 8 1/2 Uhr, bei Thiele, Bergmannstr. 95.  
**D.** Sonntag, den 2. August, Vorm. 11 Uhr, bei Gnadt, Brunnenstr. 38.  
**Hiedorf.** Sonntag, den 2. August, Vorm. 11 Uhr, bei Pappe, Bietzenstr. 71.  
 Die Tagesordnung in den sämtlichen Versammlungen lautet: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljährlicher Kassendbericht. 3. Verschiedenes.  
 Die Zahlstellen, in denen Sonnabend Abends, von 8-10 Uhr, Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder bis zum 45. Lebensjahre aufgenommen werden, befinden sich: für  
**Bezirk A.** 1. Ranninstr. 78, bei Winger. 2. Langestr. 34, bei Gierich.  
**B.** 1. Reichenbergerstr. 16, bei Pöhl. 2. Stollitzerstr. 65, bei Krause.  
**C.** 1. Hoffenstr. 35, bei Falke. 2. Stallschreiberstr. 41-42, bei Schwarz.  
**D.** 1. Eßaffer- und Kleine Hamburgerstraßen-Ecke, bei Wittschon. 2. Gollnow- und Weinstraßen-Ecke, im Lokal.  
**Hiedorf.** 1. bei W. Flemming, Bietzenstr. 28, Hof III. 2. bei S. Paschke, Lößingstr. 9, vorn I.

**Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter.**  
**Der Sommernachtsball d. Verbandes**  
 findet am Sonnabend, den 15. August in der Brauerei Friedrichshain (früher Bips) statt.  
 Da nun von der Stieghahn'schen Werkstelle, in der Waldemarstraße, an demselben Tage ein Vergnügen zu Gunsten eines Kollegen geplant ist, trotzdem dieselben von unserem Vergnügen unterrichtet waren, so geht es nun darauf hinaus, den Verband zu schädigen, um so mehr, da der Verband schon den Kollegen unterstützt hat und auch ferner unterstützen würde.  
 Wir bitten nun alle Freunde und Gönner des Verbandes, nur daß vom Verband veranstaltete Vergnügen zu berücksichtigen.  
**Der Vorstand.**  
 NB. Die Verbands-Versammlung findet am 3. August, Grämer Weg 29, statt.

**Günstigste Gelegenheit zurückgesetzte Teppiche**  
 in allen Größen, fabelhaft billig. 261M  
**Möbelstoffe, Portiären, Läuferstoffe, Tischdecken, Gardinen, Stores, Chaiselongue-, Reise- und Steppdecken,**  
**ganz erheblich billiger wie überall.**  
**J. Adler Söhne, Teppich-Fabrik-Lager,**  
 Nr. 30, Spandauer-Strasse Nr. 30, gegenüber dem Rathhause.

Mein elegant Lokal, mit prächtigem Vorgarten, Vereinszimmer (50 bis 60 Personen), Billard u. Piano, empfehle zu recht massenhaft Besuch. Kl. Weisse 10 Pl., vorzügl. Lagerbier 10 Pl. Grenzlauer Allee 26.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Kindewagen.** Andreasstr. 23, D.P.  
**Rechts-Bureau** des Königl. Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 102.  
 Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Sonntags bis 4 Uhr. 657b  
**Regelboot** verl. sehr billig Buddée, Eisenbahnstr. 6 L. 791b

**Bitte, lesen Sie!**  
 Jedem, der seinen Bedarf an Kleidung jeder Art vom billigsten Arbeits- bis zum feinsten Samugaru-Anzug reell und billig kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in Anzügen, Paletots, einzelne Röcke, Jacketts, Hosen, Westen u. Ferner Stiefel, Hüte, Wäsche, goldene und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Ketten, Ringen, sowie Reise- u. Holzkoffern. Setten, Waschtisch u. f. w., Damen-Mäntel und Kleider. 1898L  
**A. Wergien, Schneidermeister,**  
 Skalitzerstr. 127, geg. 1874.  
 Bitte sehr recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.  
 Das ganze Handwerkzeug zur Köttcheri ist sof. billig zu verkaufen. Neue Hochstr. 28 D. III. 203M

Genossen von **Steglich u. Friedeman** empfehle mich zur Anfertigung sehr dauerhafter **Fußbekleidung.** Alle Reparaturen schnell und solid.  
 Da ich schon längere Zeit wenig oder gar keine Arbeit habe, bitte ich die Genossen, mich mit Arbeit zu unterstützen.  
**E. Umbreit,** 11054L  
**Steglich, Schloßstraße 86.**  
 Schlafst. z. v. (allein) Schönleinstr. 4 v. II L.  
 Schlafst. z. verm. f. 1 Herrn Oranienstr. 63 D. Quergeb. II. b. Müller.  
 1 f. schl. Schlafst., sep. Eing., sof. bei Konigk, Faldensteinstr. 12, III. 1790b  
 Schlafst. z. verm. b. Sanam, Urbanstr. 33  
 2 Genossen finden f. schl. Schlafstelle Bogenstr. 23 v. II L. 795b  
 M. Schlafst. z. v. Admiralstr. 18 c v. IV.  
 Schlafst. b. Ww. Gesch. Adalbertstr. 84 IV.  
 f. schl. Schlafst. f. 2 Herren z. v. b. Prause, Reichenbergerstr. 82 II. 1263M  
 Licht Durchschmitt-Arbeiter finden dauernde Beschäftigung bei **Louis Michaelis,** 1792b  
 Stoffknopf-Fabrik, Jerusalemstr. 12b

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**  
**Ganze Ausstattungen empfiehlt**  
**Moritz Gläser,** 831L  
**167. Reichenbergerstr. 167.**

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

### Stimmen über den Entwurf des neuen Parteiprogramms.

**Berlin.** Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 28. d. M. bei Wobmann eine Versammlung ab, in welcher Genosse Richard Fischer vom Parteivorstand über den Programm-Entwurf referierte. Fischer führte, kurz zusammengefasst, etwa Folgendes aus:

Ich glaube mich darauf beschränken zu sollen, den Entwurf in kurzen Zügen zu skizzieren, die Unterschiede gegen das vorige Programm hervorzuheben, die Einwürfe der Gegner vorzuführen und die Abänderungsvorschläge aus unseren eigenen Reihen zu prüfen. Von einem Programm kann man verlangen, dass es auch den Gegnern klar erkennen lasse, was die Partei will, und wirklich enthält der Entwurf kurz und logisch alle unsere wesentlichen Forderungen, und lässt auch darüber keinen Zweifel, dass die Partei weder der Ausflucht einer philosophischen Spekulation, noch einer juristischen Schlussfolgerung, noch ein Produkt philantropischer Gerechtigkeitsmeiserei ist, sondern nur die Folge und der Ausfluss der ökonomischen und historischen Entwicklung. Diese Auffassung trat in Gothaer Programm nicht so klar hervor. Man kann vielleicht nicht sagen, das jetzige Programm sei radikaler als das Gothaer; das kann es auch nicht sein, weil die Grundforderungen genau dieselben geblieben sind; wir erklären noch wie vor die Ueberführung der Arbeitsmittel in Gemeineigentum der Gesellschaft. Allerdings sind einige Punkte des alten Programms im neuen fallen gelassen worden, wie die Forderung der Produktions-Gesellschaften, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes, auch der Satz von der „einen reaktionären Masse“. Der letztere Gedanke ist jetzt viel klarer gefasst, indem es nun heißt, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur deren Wert selbst sein kann, weil die übrigen Klassen die Erhaltung der heutigen Gesellschaft erstreben. Das „eherne Lohngesetz“ musste fallen gelassen werden, weil die Verhältnisse infolge der maschinellen Entwicklung und des Anwachsens der Reserve-Armee viel schlimmer geworden sind und weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung nicht nur vorübergehend, sondern dauernd unter das Existenzminimum gesunken sind, das Lasse alle in seinem „ehernen Lohngesetz“ begrenzt hatte.

In der gegnerischen Presse hat man den ersten Teil des Programms, die eigentliche Kriegserklärung an die bestehende Gesellschaft vollständig ignoriert, weil man nicht mehr hofft, der Sozialdemokratie durch Vertreten ihrer Grundanschauungen Abbruch thun zu können. Ich glaube sogar, dass man in weiten gegnerischen Kreisen von der Wichtigkeit unserer Anschauung überzeugt ist, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Ueberzeugung das ganze Volk ergriffen hat. Es ist nicht denkbar, dass die Angehörigen der bürgerlichen Parteien nicht dieselben Schlussfolgerungen ziehen sollten, wie wir; aber ihr kapitalistisches Interesse hindert sie, die Wichtigkeit unserer Auffassung zuzugeben.

Der hauptsächlichste Einwurf der Gegner ist der, dass wir gar keine Mittel und Wege angeben, wie wir unsere Forderungen durchzuführen wollen und wie wir uns eigentlich die Neuordnung der Dinge im sozialen Staat im Einzelnen vorstellen. Wir können dies natürlich nicht voraussagen, weil es vom Gang der Verhältnisse abhängt. Auch die Gegner wissen nicht, wie sich ihr Staat in Zukunft gestalten wird, und auch Herr Schäffle lehnt es ab, ein Bild zu geben, wie die gegenwärtige Gesellschaft in 50 oder 100 Jahren aussehen werde. Die Wahl der Mittel hängt in der Hauptsache von dem Verhalten der Gegner ab und von unserer Stärke. Je mehr Anhänger wir im Lande zählen, je leichter werden wir die Klassenprivilegien der Gegner abschaffen. Ob wir dabei auf den gewaltsamen Weg gedrängt werden oder nicht, auch das hängt von dem Verhalten der Gegner ab, die vielleicht im letzten Moment gegen den Willen der Gesamtheit ihre letzte Zuflucht in der Gewalt suchen. Darüber heute sich den Kopf zu zerbrechen, darüber heute bindende Erklärungen abzugeben oder Beschlüsse zu fassen, ist mäßig. Soweit die Wahl der Mittel von unserem Willen abhängt, werden wir natürlich den friedlichen Weg vorziehen. — Man hat ferner nachzuweisen versucht, dass einzelne Forderungen einen Rückschritt bedeuten. Ein solcher Rückschritt soll darin liegen, dass jetzt an Stelle der „direkten Gesetzgebung durch das Volk“ die „direkte Anteilnahme des Volkes an der Gesetzgebung“ mittels des Vorschlags- und Vorschlagsrechts“ gefordert wird. Der alte Ausdruck ist zwar nicht falsch, aber der neue ist präziser. Die Gesetze können nicht direkt vom Volke gemacht werden, sondern sie werden stets in der Volksvertretung, den Ausschüssen etc. vorberathen, formuliert werden müssen, und das Volk hat dann darüber abzustimmen, ob die Vorschläge Gesetzskraft erlangen sollen. Ebenso müssen auch aus dem Volk selbst und direkt hervorgegangene Gesetzentwürfe zur Abstimmung gebracht werden. — Wenn wir die Entscheidung über Krieg und Frieden den Volksvertretern geben wollen, so ist dies ebenfalls eine Frage der Zweckmäßigkeit. Auch ist nicht zu befürchten, dass die Vertreter nicht im Sinne des Volkes entscheiden werden; denn da die Vertreter in möglichst kurzen Zeiträumen gewählt werden sollen, so wird natürlich in der Vertretung immer die jeweilig herrschende Volkstimmung zum Ausdruck kommen. Wir wollen die Entscheidung über Krieg und Frieden nur aus den Händen des Monarchen nehmen und sie in die Hände des Volkes legen, das im Kriegsfalle ja auch Gut und Blut zu opfern die Pflicht hat. — Eine Verschlechterung wird ferner in der Forderung nach „Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter“ gesehen, während die „Rechtsprechung durch das Volk“ verlangt wurde. Auch das Recht kann nicht durch das ganze Volk, sondern nur durch Vertreter desselben gesprochen werden. Sogar in unserer eigenen Partei lassen wir bei Streitigkeiten nicht die Volksversammlung, sondern das Schiedsgericht entscheiden. In einem kleinen Kollegium kann die leidenschaftliche Aufregung, die sich so leicht einer großen Volksmenge bemächtigt, nicht Platz greifen und die Fragen werden da mit mehr Ruhe und Mäßigkeit geprüft.

Dies sind im Wesentlichen die Einwürfe, die von gegnerischer Seite gegen das Programm erhoben worden sind; aus unseren eigenen Reihen sind nur wenig Einwürfe und Vorschläge gekommen. Die sogenannte Opposition hat verlangt, dass unsere Vertreter sich so wenig wie möglich an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen sollen. Die Frage hängt von den jeweiligen Verhältnissen, von der Gestaltung des öffentlichen Lebens, von der Größe der Partei und von dem Willen der Wähler ab. Der Parteiongress hat sich mit der Haltung der Fraktion einverstanden erklärt. Beschließt der nächste Parteitag anders, so muss eben diesen Beschlüssen nachgegeben werden; bis jetzt hat die Fraktion nur den Intentionen der Partei gemäß gehandelt. — Bezüglich der Religionsfrage hat man verlangt, es hätte im Programm lieber die Trennung von Kirche und Staat gefordert werden sollen. Darin liegt aber der Gedanke, dass die religiösen Gemeinschaften lediglich Privatvereine sind, wie jeder andere Verein auch, nicht so scharf ausgesprochen, und es werden eigentlich zwei gleichberechtigte Faktoren, Kirche und Staat, einander

gegenüber gestellt, denen nur verschiedene Wege anzuweisen sind. Von anderer Seite (wohl dem Genossen Stern in Stuttgart) ist im „Hamburger Echo“ die Ansicht ausgesprochen worden, dass im sozialen Staat für die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse auch von Gesellschaften wegen gesorgt werden müsse, weil man ja nach der Umwandlung des Privateigentums in Gemeineigentum, auf die staatlichen Hilfsmittel angewiesen wäre. Dies trifft nicht zu, weil jeder Einzelne im Zukunftsstaat über reichliche Mittel verfügen wird, um seine Bedürfnisse selbst befriedigen; er wird aber auch seine religiösen Bedürfnisse selbst bezahlen müssen, und er kann dies um so eher, als er ja das eigentliche Glück erst im Jenseits erwartet und infolge dessen für das Glück dieser Welt geringere Ausgaben haben wird, als die Religionslosen, die Kinder dieser Welt. Eine andere Forderung desselben Genossen geht dahin, dass es schon heute Aufgabe der Gesellschaft sei, das Recht der Erfindung jedes Einzelnen sicher zu stellen. Das die Altersschwachen, Arbeitsunfähigen und Invaliden erhalten werden müssten, haben wir stets verlangt; es kann aber nicht jede einzelne Forderung, die sich aus anderen Programmforderungen schon von selbst ergibt, im Programm extra ausgesprochen werden. Das Recht auf Arbeit, das weiter gefordert wird, kann der heutige Staat einfach nicht gewährleisten; dazu ist er absolut außer Stande, — und eben deshalb erstreben wir ja die Ueberführung der Arbeitsmittel in Gemeineigentum der Gesellschaft, um das „Recht“ auf Arbeit zu verwirklichen. — Die Abänderungsvorschläge und Forderungen des Genossen Walter May werden der Hauptsache nach von der Partei schon längst vertreten, nur kann im Programm nicht Alles einzeln ausgesprochen werden, was sich aus dem Uebrigen von selbst ergibt.

Aus der Diskussion, die bisher über den Entwurf geführt worden ist, kann man schließen, dass der Entwurf den Anschauungen der Partei im Allgemeinen entspricht und dass tiefgreifende Abänderungsvorschläge kaum zu erwarten sein werden. Jeder Abänderungsvorschlag, der wirkliche Verbesserungen bringt, ist natürlich willkommen und wird auf dem Parteitag natürlich akzeptiert werden. — Das Programm, das aus den Beschlüssen des Parteitages hervorgeht, müssen wir natürlich anerkennen und mit allen Kräften dafür eintreten. Sind dann nicht alle Wünsche befriedigt, so steht nichts entgegen und muss den Genossen das Recht gewahrt bleiben, abweichende Meinungen innerhalb der Parteireihe zum Ausdruck zu bringen und dafür zu agitieren, dass auf den späteren Parteitag das Programm in seinem Sinne gefasst wird. Den Gegnern, der Außenwelt gegenüber aber müssen wir alle Thatkraft für das jeweils vorliegende Programm eintreten, weil wir sonst unserer Sache nur schaden.

Genosse Siede: Ich schlage vor, den Passus II 8 folgendermaßen zu gestalten:

„Bürgerliche Erziehung der Jugend durch Staat und Kommune. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.“

Es soll danach die gesammte Erziehung auf den Staat übernommen werden, weil es z. B. in arbeitslosen Zeiten den Eltern nicht möglich ist, ihre Kinder so zu ernähren, wie es nötig ist, wenn der Unterricht gesetzlich sein soll. Hinter III 4 möchte ich einschalten:

„Gleicher Lohn für männliche und weibliche Arbeiter“ wie es auch im französischen Programm verlangt wird.

Genosse Goldberg: Im Punkt II 10 sollte das Verbot der Vererbung an Seitenlinien und überhaupt größerer Kapitalien verlangt werden. Dadurch würde dem Kapitalismus die Lebensader unterbunden werden. Nebenlich wie es im französischen Programm ausgesprochen ist, könnten auch wir verlangen, dass nur Kapitalien bis 16 000 M. vererbt werden dürfen; was darüber hinausgeht, fällt der Allgemeinheit zu. Im Punkte III 3 sollte man noch eine Mittelstufe jugendlicher Arbeiter (etwa vom 15.—18. Jahre) einschalten, für die nur 6stündige Arbeitszeit gestattet wäre.

Genosse Windseil: Zu Punkt II 3 schlage ich vor: „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts. Wahl der Schiedsrichter durch das Volk.“

Genosse Dr. V. Friedländer: Da bisher Niemand ernstlich auf meinen Vorschlag eingegangen ist, so kann ich meinem Artikel in Nr. 172 des „Vorwärts“ nichts Wesentliches hinzufügen. Wer es ehrlich meint mit der Arbeiterklasse, muß, wie es von mir vorhergehoben worden ist, den „arbeitslosen Erwerb“ besonders hervorheben. Der Arbeiter wird nicht nur vom Unternehmer, sondern auch von denen ausgebeutet, die von der Grundrente und vom Zins leben. In Preußen allein werden jährlich 245 Millionen an Zinsen für Staats-Schuldzinsen bezahlt. Allein auf die Verschuldung des bayerischen Grund und Bodens werden mindestens 60 Millionen Mark Zinsen gezahlt. Und alle diese Unsummen müssen in letzter Linie durch das arbeitende Volk aufgebracht werden. Es ist richtig, dass mit der Vergesellschaftung des Eigentums auch der Zins fortfallen würde; aber für die große Masse ist meine Fassung leichter verständlich, und ich verspreche mir von ihr eine gute Wirkung bei der Landagitation.

Genosse Feldmann: Ich beantrage den Punkt I A. 6 wie folgt zu ändern:

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß mit allen dem Rechtsbewußtsein des arbeitenden Volkes entsprechenden Mitteln die Umwandlung“

Wenn gesagt worden ist, dass das Volk bestünde aus verschiedenen Klassen und jede habe ihr eigenes Rechtsbewußtsein, es gebe also eigentlich gar kein Rechtsbewußtsein des Volkes; so meine ich, dass wir zur Richtschnur unseres Handelns nur das Rechtsbewußtsein der Proletariatsklasse nehmen können. Ich bin deswegen der Meinung, dass wir alle Mittel benutzen sollen, die uns vorwärts bringen und die unserm Rechtsbewußtsein entsprechen. — Zu II 10 beantrage ich, den ersten Satz wie folgt zu ändern:

„Stufenweise steigende Einkommen, Kapital-, Kapitalrenten-, Zins- und Erbschaftsteuer für die Besteuerung“

Bei dieser Fassung würden viele Angriffe der Antisemiten auf uns unnötig werden, und die Agitation in gewissen Volksteilen, die ihrer Lage nach zu uns gehören, sich heute aber von den Antisemiten kapern lassen, würde erleichtert werden. — Was den Parlamentarismus betrifft, so meine ich, dass man allerdings für praktische Arbeiterforderungen eintreten, sich also an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen soll. Bei Dingen aber, die uns gar nichts angehen und die nur im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft liegen, meine ich, sollte man sich von jeder Mitarbeit ausschließen.

Genosse Herrmann: Ich finde einen Widerspruch darin, wenn Genosse Fischer erstens sagt, das Programm sei nicht radikaler als das alte und dann, der Entwurf entspräche im Allgemeinen den Ansichten und doch der Entwicklung der Partei. Die Partei hat sich auch weiter entwickelt, im neuen Programm hat man die Kompromisspunkte fortgelassen: also muß es doch radikaler als das frühere sein. In den Entwurf sind zu viele selbstverständliche, heilige Punkte aufgenommen worden, und wenn Marx noch am Leben wäre, würde er glaube ich, das neue Programm auch kritisieren. Meinungsverschiedenheiten sind für unsere Partei nothwendig.

So lange sich die Opposition innerhalb der Grenzen des Programms hält, ist sie voll berechtigt. Jeder Genosse hat das Recht gehört zu werden, und ich meine, die Sozialdemokratie ruht auf einem Felsen, der stark genug ist, um sich durch die Opposition nicht erschüttern zu lassen.

Genosse Wilhelm Werner: Als das eigentliche Programm kann ich nur den ersten Teil des Entwurfs ansehen, und dieser erscheint mir wissenschaftlicher und präziser, als das alte Programm. Ich bin mit diesem Teil einverstanden und hätte nur einige redaktionelle Änderungen. Erstens würde ich den alten Namen „Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Deutschlands“ gern erhalten gesehen haben. Im Programm-Entwurf ist ja selbst ausgesprochen, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne (womit nicht gesagt ist, dass wir die Angehörigen anderer Klassen, die sich uns anschließen wollen, zurückschieben sollen), und diese übertretenden Elemente erkennen durch ihren Uebertritt selbst an, dass nur die Arbeiterpartei die Kulturentwicklung betreibt. Deshalb möchte ich den Namen Arbeiterpartei erhalten haben. — Im ersten Absatz möchte ich statt der Ausdrücke die „arbeitende“ und die „besitzende“ Klasse lieber sagen die „Ausbeuter“ und die „Ausgebeuteten“, weil es noch Arbeiter giebt, die im Besitz der Arbeitsmittel sind, wie z. B. die Kleinbauern, die Hausindustriellen, die aber doch Proletarier sind und von der anderen Klasse ausgebeutet werden. Im zweiten Absatz erscheint mir die Bezeichnung der Arbeitsmittel als der „Lebensquellen“ nicht richtig gewählt, und im dritten Absatz ist die besondere Aufführung der Großgrundbesitzer neben den Kapitalisten überflüssig, ich würde einfach „Ausbeuter“ setzen. — Die zweite und dritte Abtheilung des Entwurfs möchte ich vom eigentlichen Programm-Entwurf ganz absondern und mit der Ueberschrift versehen: „Maßnahmen zur Agitation für die Förderung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung.“

Im Punkt 3 der zweiten Abtheilung heißt es „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks“. Ich möchte nun einmal fragen: Wie würden denn die Volksvertreter des heutigen Parlaments über Kriegsfragen entscheiden? Doch nur wie es gerade im Interesse des Kapitalismus läge, und damit hätten wir doch nichts erreicht. Ich bin auch nicht so optimistisch, anzunehmen, dass wir in 10 Jahren die Majorität hätten und dass dann anders gestimmt würde. Die bürgerlichen Parteien sind vorläufig noch stark genug zur politischen Führung. Ich erinnere an die Wahl von 1887, wo die bürgerlichen Parteien durch den Kriegdrummel einen ganz außerordentlichen Einfluss auf die Bevölkerung ausüben konnten. Solange also die bürgerlichen Parteien noch diesen Einfluss im Lande haben, werden stets Leute in die gesetzgebenden Körperschaften kommen, die, wenn sie über Krieg oder Frieden befragt werden, im kapitalistischen Sinne entscheiden und alle Summen bewilligen werden, die man verlangt. Wir könnten deswegen die alte Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ bestehen lassen und hinzusetzen „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts“. — Die Religion würde ich im Programm überhaupt nicht erwähnen. — Was die stufenweise steigenden Steuern anbelangt, so werden dies die bürgerlichen Parlamente ebenfalls nie und nimmer bewilligen, weil sie dadurch den W. auf dem sie sitzen, selbst ablagen würden. — Für die Erbschaftsteuer Goldberg's kann ich mich ebenfalls nicht erwärmen, weil ich die Konzentration des Kapitals nicht aufhalten und der Zuspitzung der Verhältnisse keinen Raum anlegen möchte. Ich halte den alten einfachen Satz für viel besser als den neuen. — Die Zahl der Stunden des Normal-Arbeitstages dürfte in III a nicht genannt sein, weil unsere diesbezüglichen Forderungen mit den veränderten Verhältnissen wechseln.

Es giebt in Berlin wohl nur sehr wenig Genossen, die absolut keine parlamentarische Beteiligungen wollen. Die Frage ist nur, wie weit man sich an solchen Arbeiten beteiligen soll und ob der Parlamentarismus Zweck oder Mittel zum Zweck ist. Da sind nun sehr Viele, die halten ihn nur für das Mittel, um nämlich von der Tribüne des Reichstages die Mängel der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung aufzudecken und zu beweisen, dass es innerhalb dieser Gesellschaftsordnung kein Mittel giebt, um die Arbeiterklasse zu befreien. Für die Wahlbeteiligung sind wir Alle. Aber unsere Vertreter sollten sich nicht auf große parlamentarische Arbeiten einlassen, und wenn nebenfachliche Dinge verhandelt werden, dann sollen sie lieber aus dem Saal gehen und für unsere Ideen wirkliche Klarheit verbreiten. Wenn die Leute auf dem Lande glauben, dass mit der parlamentarischen Beteiligungen schon die ganze soziale Frage gelöst sei, dann werden sie, wenn sich ihre Lage immer noch nicht bessern will, ebenso schnell wieder abfallen, als sie gekommen sind. Unsere Vertreter sind in früheren Jahren im Parlament ganz anders aufgetreten als heute. Ich bin ihr Schüler und ich wünsche, dass sie so fortfahren möchten zu arbeiten, wie damals. — Ich vertrete nur meine eigene Meinung, und man sollte nicht immer von einer wohlorganisirten Opposition sprechen. Wenn innerhalb der Partei die freie Meinungsäußerung nicht mehr gestattet wäre, oder gar die bewussten Drohungen ausgeführt würden, dann würde man dadurch den Theil der Genossen, der das Recht der freien Meinungsäußerung hochhalten will, unter dasselbe Ausnahmegesetz stellen, unter dem die ganze Partei zehn Jahre hat leiden müssen.

Die weitere Diskussion wird wegen vorgerückter Zeit auf eine später einzuberufende Versammlung vertagt.

**Achim v. Bremen.** Kurz nach dem Wegfall des Sozialistengesetzes gründeten wir hier einen Verein zur Erzielung vollstänthlicher Wahlen. In denselben ließen sich auch einige Mitglieder des Kriegervereins aufnehmen. Sobald der Landrath dies gewahr wurde, suchte er die „Verirrten“ wieder auf die „rechte Bahn“ zu bringen. Wenn er dabei auch oft bittere Enttäuschungen erleben mußte, so hatte er doch auch hin und wieder die Freude, seine Bemühungen von Erfolg gekrönt zu sehen. Vor kurzem ging dem Vorstand des genannten Vereins ein Brief zu, worin ein Mitglied seinen Austritt wörtlich folgendermaßen anzeigte: „Western war der Herr Landrath bei mir und hat mir die Listen vorgelesen und mir den Standpunkt klar gemacht. So wie ich nicht aus dem Verein trete, bin ich des Kaisers Freund nicht mehr. Nun weilt Du Bescheld.“

Wie der Landrath solche Agitation mit seiner Beamtenqualität in Einklang bringt, wissen wir nicht. Doch weiter! Für Sonntag, den 12. Juli hatten wir eine Volksversammlung nach Ottersberg in Aussicht genommen. Der Wirth, Herr Schlob, hatte uns auch sein Lokal zur Verfügung gestellt. Als die Versammlung bei der hiesigen Wöhrde angemeldet war, kam Tags darauf folgende Depesche von Herrn Schlob: „Die Volksversammlung kann bei mir nicht stattfinden.“ Daraus wurde dem Herrn erwidert, dass wir trotzdem die Versammlung abhalten würden. Wir zogen dann auch nach Ottersberg mit der Absicht, den Urheber der Machination kennen zu lernen, und das hatte auch Erfolg. Bei der Auseinandersetzung mit Herrn Schlob erklärte derselbe mit süchtlichem Bedauern, dass der Landrath selbst mit dem Bürgermeister von Ottersberg wegen der angeländigten und von dem Landrath schon genehmigten Versammlung Rücksprache genommen habe.

Darauf sei der Bürgermeister zu ihm gekommen und habe ihm die bittersten Vorwürfe gemacht, weshalb er sich veranlaßt gesehen habe, sein Verprechen zurückzuziehen. Welcher Art die Vorwürfe gewesen sind, die der Bürgermeister dem Wirth gemacht hat, kann man sich lebhaft vorstellen. Ein anderes Bild. Für Sonntag, den 19. Juli, hatten wir eine Volksversammlung in Baden geplant und auch vom Wirth Bischoff das Lokal zur Verfügung gestellt erhalten. Als die Versammlung bei der hiesigen Behörde angemeldet war, kam bald danach die Nachricht von Herrn Bischoff, er könne „bringender Geschäfte“ halber sein Lokal zu der Versammlung nicht hergeben; mithin war auch Baden wieder von den Sozialdemokraten „befreit“.

In der am selben Tage stattgehabten Mitgliederversammlung des hiesigen Vereins zur Erzielung vollständiger Wahlen referirte Genosse L. Singer über „Die Geschichte der Arbeiterbewegung und die herrschende Klasse“. Als er dabei auf die Machinationen der Behörden betreffs des Saalabtreibens zu sprechen kam, erhob sich der überwachende Gendarm und löste die Versammlung auf.

Wenn die Herren nun mit alledem uns lahmzulegen glauben, so sollen sie bald gewahrt werden, daß uns noch andere Mittel und Wege zur Verfügung stehen, um der Landbevölkerung die Augen zu öffnen. Trotz Alledem!

**Aufhaltsche Aufkündigungsgünde.** In Heßlingen wurde eine Versammlung aufgelöst, nachdem der Redner (Dr. Luz) gesagt hatte:

Durch die auf Rochsals lastenden Steuern wird der Preis desselben um das Fünffache seines Werthes erhöht.

In demselben Orte ist am 14. März die Auflösung geschehen, als der betr. Redner anführte:

Daß die Arbeitskraft eine Waare sei, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt. Damals hatte der Schulze dem Referenten gegenüber erklärt, daß er dessen Ausführungen mit größtem Interesse gefolgt wäre, aber eben habe aufpassen müssen.

In dem benachbarten Freckleben war sodann am 21. März eine Versammlung aufgelöst worden, als bei einer Besprechung der Lebensmittelpreise die Rede des Staatsministers Thempander zitiert wurde, der die Auflösung des Landtags androhte, wenn dieser die von der Regierung abgelehnten Kornzölle beschließen würde. Die Auflösung dieser letzteren Versammlung war übrigens noch von der Kreisdirektion Verburg als berechtigt anerkannt worden.

Auch sonst verfügt man in Anhalt über die nöthige Noblesse, um Versammlungen verhindern zu können.

Der Einberufer einer Versammlung am 27. Juli hatte sich am Sonnabend gegen 3 Uhr in der Kreisdirektion zu Verburg eingefunden, um die erstgenannte Versammlung für Sonntag Nachmittag 9 1/2 Uhr anzumelden. Die schriftliche Anmeldung wurde dem Einberufer abgenommen und in das Bureau des Kreisdirektors getragen. Einige Minuten nach 3 1/2 Uhr wurde sodann der Einberufer vor den Kreisdirektor zitiert, der ihm mittheilte, daß die Genehmigung zur Versammlung versagt werden müßte, weil die gesetzlich vorgeschriebene Frist von 24 Stunden bis zur Abhaltung der Versammlung nicht innegehalten worden sei; ein Mandat, das allerdings nicht den Einberufer, sondern vielmehr den Kreisdirektor selbst in peinliche Verlegenheit setzen sollte, denn schnell gefaßt machte der Einberufer aus 3 1/2 Uhr 3 1/4 Uhr und die vierundzwanzigstündige Frist war gerettet. — Tableau!

Wenn die Behörden eine Ahnung von der Nachhaltigkeit der Wirkung hätten, welche solche amtliche Handlungen auf die arbeitenden Massen ausüben, sie würden sich beeilen, dem Gerechtigkeitsfinn des Volkes schnellstens die ausgedehnteste Genugthuung zu gewähren.

## Lokales.

**Ueber die Neunstundenarbeit im Baugewerbe** stellt die „Baugewerks-Zeitung“ tiefgründige Betrachtungen an. Sie ist noch heute wie vor zwei Jahren, als die Maurer und Zimmerer in Berlin wegen der Neunstundenarbeit den gewaltigen Ausstand auf sich nahmen, der die Meinung, daß diese Forderung absolut ungerechtfertigt und durch nichts begründet sei. Es hieß demnach Eulen nach Athen tragen, dem Innungsorgan gegenüber die Berechtigung der Forderung der Neunstundenarbeit zu begründen. Eine Anerkennung dieser Forderung, sowie überhaupt einer Verfürgung der Arbeitszeit von jener Seite ist überhaupt nicht zu erwarten, da diese Forderung gegen die Interessen der „Arbeitgeber“ verstößt. Inzwischen, meint die „Baugew.-Ztg.“, sodann, denkt kein Arbeiter mehr an die Forderung der neunstündigen Arbeit, denn jeder ist zufrieden, wenn er bei gutem Lohn zehn Stunden im Sommer leuchten der ganze frivole Uebermuth des Unternehmertums hervor! Schon glauben die Unternehmer die Arbeiter von ihrer Gnade abhängig und von ihrem Willen, ob sie arbeiten dürfen“ oder nicht. Doch hierin täuschen sich die „Baugewerks-Zeitung“ und deren Hintermänner ebenso einer Selbsttäuschung hingeben, wie wenn sie glauben, daß heute kein Arbeiter mehr an die neunstündige Arbeit denkt. Was nun die „guten Löhne“ betrifft, von denen die „Baugewerks-Zeitung“ spricht, so sind dieselben zur Geringfügigkeit bekannt, und die Arbeiter im Baugewerbe wissen von den guten Löhnen, die gerade von Innungsmeistern, insbesondere auf kommunalen und Kirchenbauten bezahlt werden, ein Liedchen zu singen. Trotzdem sucht das Innungsorgan diejenigen Bauunternehmer, welche es als „vorgezogene Personen“ bezeichnet, als das Karmelkorn hinstellen, welches die Löhne drückt und macht andererseits auch die Arbeiterführer dafür verantwortlich, daß der Lohn im Baugewerbe nicht stetig werden kann, indem das Publikum mißtrauisch gegen dieselben geworden sei, und hält es für nutzlos, irgend etwas mit diesen zu vereinbaren, da sie für nichts einstehen können. Auch meint das Innungsorgan, daß nach wie vor die Faktoren fehlen, welche Verträge schließen können. Das sind nur die bekannten Winkelzüge, mit denen das Unternehmertum jeder Vereinbarung mit den Arbeitern aus dem Wege zu gehen trachtet. Die sogenannten Führer haben sich noch nie als „Faktoren“ im Sinne der „Baugewerks-Zeitung“ betrachtet, wohl aber haben als solche die Arbeiter die von ihnen erwählten und von ihnen vertretenen getragenen Männer betrachtet, die ja allerdings von der Bauunternehmern noch nie anerkannt worden sind. Trotzdem lehrt die „Baugewerks-Zeitung“ immer noch eine arbeiterfreundliche Seite heraus und meint, daß ein Durchschnittslohn von 60 Pf. jedem „ordentlichen“ Gesellen wohl zu wünschen wäre, „denn die Lebensmittel sind theurer und die Löhne ungenügend geworden.“ Gleichzeitig glaubt die „Baugew.-Ztg.“ aber, daß die Gesellen vergeblich für die Eringung eines Stundenlohnes von 60 Pf. kämpfen und meint, daß die diesbezügliche jetzige Bewegung der Maurer gänzlich resultatlos verlaufen sei. Das ist wiederum einer der vielen Irrthümer, deren die „Baugew.-Ztg.“ sich schuldig macht. So gänzlich resultatlos ist die jetzige Maurerbewegung denn doch nicht gewesen, wenigstens auch durchschlagende Erfolge nicht erzielt worden sind. Das war aber auch bei dem Charakter der Bewegung von vornherein nicht zu erwarten. Zatin hat ja die „Baugew.-Ztg.“ allerdings Recht, daß die Maurerbewegung gegenwärtig im Argen liegt; wenn das Innungsorgan aber daraus folgert, daß Ueberdruß und Gleichgültigkeit gegen die Manipulationen der sozialdemokratischen Führer heraus hervorzuheben scheine, so ist hier wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens unter Nichtbeachtung der allgemeinen in Betracht kommenden Verhältnisse. Sache der Berliner Maurer wird es sein, die „Baugewerks-Zeitung“ eines Besseren zu belehren.

**Der Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises** hatte am 28. Juli eine Familienpartie nach Adlershof veranstaltet. Die Theilnahme an derselben war eine überaus rege. Schon am frühen Morgen strömten in Scharen die Genossen mit Frauen und Kindern den Bahnhöfen zu und in fröhlicher Stimmung ging die Fahrt von Statten. Die Genossen von Adlershof und Köpenick nahmen auf dem Bahnhöfe Adlershof die Berliner Genossen in Empfang, und unter Vorantritt der Musik wurde in gemeinsamem Zuge nach den Lokalen von Biedemann und Manowelt marschirt. Doch mit des Geschicktes Mächten ist kein ew'ger Mund zu stechen. Angeklockt durch die Klänge der Musik, erschien alsbald ein Hüter des Gesetzes und erkundigte sich sehr theilnehmend nach der obrietheilichen Erlaubniß zum Aufzuge. Da eine solche nicht vorhanden war, durfte kein Spiel mehr gerührt werden, und zum Ueberflusse wurden nach der Vereinsvorsitzende, wie auch der Musikdirektor von Rechts wegen ob dieses „groben Unfuges“ notirt. Adlershof war wieder einmal gerettet! Befessungsgedacht ging den Genossen der Humor nicht verloren. Im Lokale angekommen, nahmen dieselben unter den rauschenden Klängen der Marschmusik Platz und die große Restauration begann. Mit jedem Zuge vermehrte sich die Zahl der Genossen, die bis auf 3000 heramwuchs. Nachmittags wurden im Walde diverse Spiele inszenirt und man vergnügte sich in harmloser und zwangloser Weise, ein jeglicher nach seiner Art. Die Lust zu einem Tanzchen mußte sich die jüngere Generation allerdings vergeblich lassen, denn es war ein Verbot dagegen vom Ortsvorsteher von Oppen ergangen. An dieser Ungemach schon zur Genüge gewöhnt, blieben die Genossen bis zu später Abendstunde höchst fröhlich beisammen. Schließlich wurde zum Aufbruche geblasen. Noch einmal ordnete man sich zu einem Umzuge mit Musikbegleitung durch den Wald, dann ging es in das Lokal zurück. Hier hielt der Vereinsvorsitzende eine kurze Ansprache an die Festtheilnehmer, für die rege Theilnahme und speziell den Genossen von Adlershof und Köpenick für ihre Festtheilnahme in warmen Worten dankend. Dann wurde in herzlicher Weise Abschied genommen und aus tausenden von Köhlen erscholl der Schreidegruß: Hoch lebe die internationale völkervereinende Sozialdemokratie! Mit den fahrplanmäßigen Zügen wurde sodann die Rückfahrt nach Berlin bewerkstelligt. Allen Genossen, die an diesem wahren Volksfeste theilnahmen, wird dieser Tag in bleibender freundlicher Erinnerung bleiben. — Von Festtheilnehmern sollen eine goldene Damenuhr, eine seidene Schärpe und ein Schirm gefunden worden sein. Die Finder werden dringend gebeten, die gefundenen Gegenstände an den zweiten Vorsitzenden des Vereins, Genossen Karl Scholz, Brangelstr. 32, Parterie, gelangen zu lassen.

**Die gestern von uns veröffentlichte Art der Entscheidung** der sächsischen Einkommensteuer-Behörde ist thatsächlich schon zum System ausgebildet; denn während unfer Leser die gedachten Zeilen in die Hände bekommen haben, erhielt auch der Ehemann der in unserem gestrigen Artikel in Rede stehenden Genossin ein Schreiben derselben Behörde, welches die Angelegenheit noch drastischer beleuchtet. Dasselbe lautet wörtlich:

Die von Ihnen eingegangene Deklamation gegen Ihre diesjährige Einkünfte zur Einkommensteuer ist von der Einkünfte-Kommission für unbegründet erachtet worden, weil dem von Ihnen bezifferten Einkommen das Honorar für Ihre im Interesse einer politischen Partei ausgeübten Thätigkeit hinzuzurechnen ist und übrigens nach § 13 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 2. Juli 1878 auch die Summe, welche ein Steuerpflichtiger zur Bekleidung des Unterhaltes für sich und die von ihm unterhaltenen Personen aufwendet, als der Betrag des Einkommens angenommen werden kann, der Verbrauchsaufwand aber in vorliegendem Falle nicht niedriger, als der 12ten (!) Steuerklasse entsprechend, veranschlagt werden konnte.

Dresden, 24. Juli 1891.  
Königliche Bezirks-Steuer-Einnahme.  
S. A.:  
Kahler, Bezirks-Steuer-Sekretär.

Also nicht nur das Auktoren in einer Versammlung, sondern schon die Thatsache, daß Jemand als zur sozialdemokratischen Partei gehörig bekannt ist, genügt, um ihn zur 12. Steuerstufe einzuführen! Denn die Steuerbehörde dürfte wohl die Antwort schuldig bleiben, wenn ihr die Frage vorgelegt wird, was für Honorar, für welche Thätigkeit, und in welcher Höhe dasselbe gezahlt ist, da dem betreffenden Genossen selbst von solchen Einnahmen Nichts bekannt sein kann. Es weiß wohl Jedermann, der die Verhältnisse kennt, daß solche Einnahmen ins Reich der Phantasie gehören. Oder geht die Phantasie schon so weit, daß „anrührenden“ Personen Einnahmen angedichtet, und die Resultate den Steuerbehörden gemeldet werden? — Wenn der Verbrauchsaufwand für ein auf die denkbar einfachste Weise lebendes kinderloses Ehepaar aber der 12. Steuerklasse entsprechend veranschlagt werden muß, so mögen nur zuerst die Behörden allen ihren Arbeitern und Beamten (auch den Eisenbahnarbeitern), welche eine so einfache Lebensweise führen müssen, einen Lohn, resp. Gehalt zahlen, welches der 12. Steuerklasse entspricht.

**Ein Haftbefehl gegen den Reichstags-Abgeordneten Widenbach**, den bekannten Antisemiten, war vom hiesigen Amtsgericht I erlassen worden, um Widenbach zur Ablegung des Offenbarungseides zwangsweise vorzuführen. Der Haftbefehl hat jedoch nach dem „kleinen Journal“ infolge Einspruch des Anwalts des Herrn Widenbach nicht vollstreckt werden können, weil die Session des Reichstages nicht geschlossen, sondern nur vertagt ist und während der Dauer derselben Reichstags-Abgeordnete ohne Genehmigung des Parlaments nicht verhaftet werden dürfen.

**Wieder Einer!** Am Freitag voriger Woche brach in der Dessauerstraße vor dem Hause Nr. 8 ein Mann vor Hunger zusammen. Die Arbeiter der Firma C. Pöckel, die in demselben Hause ihre Betriebsstätte hat, welche gerade die Arbeit verließen, brachten den Bedauernswerthen in das Haus und erquickten denselben durch Seife und Trank und bedachten ihn auch nach ihren schwachen Kräften mit Geldmitteln. Auf Befragen theilte der Karmel mit, daß er ein in der Straußbergerstraße wohnhafter Drechsler, schon 6 Wochen ohne Arbeit sei und schon seit mehreren Tagen nichts gegessen habe. Es ist die alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu!

**Ein Bäckermeister als Einbrecher.** In dem Hause Reichsbergerstr. 3 betreibt die altrenommierte Firma F. D. Sch. u. Co. ein umfangreiches Mehl-Engrosgeschäft, deren Rundschaft sich aus den hiesigen Bäckermeistern zusammensetzt. Einer der Letzteren ist der aus Spandau stammende, in der Stallstr. wohnende Bäckermeister Sahlmann, der ein flottes Geschäft betreibt und allgemein für vermögend galt. Er hand schon längere Zeit mit der obigen Mehlfirma in Verbindung, requirirte stets prompt und machte stets persönlich in dem zwei Treppen belegenen Komtoir des Mehlgeschäftes seine Bestellungen. Zwischen 12 und 3 Uhr ist das Mehlgeschäft stets geschlossen und Niemand darin anwesend; ein Zufall führte gestern Mittag den Mitinhaber des Sch. schen Geschäftes, Herrn D., der eben aus der Stadt zurückkehrte, in das Privatkomtoir, um da eine größere Summe niederzulegen. Dort traf er zu seiner Ueberraschung den ihm wohlbekannten S., der eben im Begriffe stand, den Geldschrank durch Anbohren zu durchbrechen. Der zu Tode erschrockene Sojus schlug sofort Alarm, es kamen Hausbewohner und bald darauf Polizei hinzu, welche den Einbrecher, der eine Anzahl Diebhandwerkzeuge neben sich liegen hatte, dingelt machten und nach dem Polizeigefängnis schafften. S. hatte durch Ausfragen des Personals der Firma in Erfahrung gebracht, daß zur Mittagszeit Niemand zu Hause sei, auch wußte er, daß größere Summen sich im Geldschrank befanden. Mit Hilfe eines Nachschlüssels, den er sich vorher schon durch

Wachabdrücke verschafft, hat S. die Korridorthüre geöffnet und dann den Geldschrank angebohrt. S. soll übrigens in letzter Zeit durch verfehlte Spekulationen bedeutende Verluste erlitten und aus dem Grunde den Einbruchdiebstahl geplant haben.

**Die Lokalkommission von Wilmersdorf** macht den Genossen bekannt, daß daselbst nur ein Lokal den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung steht und zwar der Volksgarten, Berlinerstraße, Inhaber Herr Rölke. Arbeiterblätter liegen daselbst aus. Dieselben liegen ferner noch aus in der Restauration von Gräß, Brandenburgerstraße und im Landhaus, Berlinerstraße und Kaiser-Allee-Ed. Um etwaigen für die Genossen unangenehmen Verwechslungen vorzubeugen, macht die Lokalkommission ausmerksam, daß hier zum Sonntag, den 2. August, zwei von Gesangsvereinen veranstaltete Sommerfeste stattfinden, und zwar vom Verein „Hoffnung“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) im Volksgarten, Berlinerstraße; vom dem zweiten Verein im Viktoriagarten, Wilhelmsau. Letzteres Lokal ist zu Versammlungen nicht zu haben und bitten wir die Genossen genau hierauf zu achten.

**Im hiesigen Zoologischen Garten** wurden f. Z. in der Nähe des Antilopenhauses Turngeräte aufgestellt. Trozdem durch die ganze Anlage klar ersichtlich ist, daß die aufgestellten Turngeräte nur für Kinder bestimmt sind, muß doch bei verschiedenen Personen Zweifel hierüber obgewaltet haben, denn nach einiger Zeit prangte in der Nähe ein Plakat, welches besagte: daß der Turnplatz „nur für Kinder“ sei. Obgleich dies jedenfalls deutlich und verständlich ist, scheint es doch noch nicht hinreichend gewesen zu sein, um den Zweck der Turngeräthchaften zu veranschaulichen, denn die Direktion des Zoologischen Gartens sah sich veranlaßt, dem ersten Platate ein zweites folgen zu lassen, welches besagte: „Das Turnen am Red und Barren ist nur Knaben gestattet.“ Wenn man bedenkt, daß der Zoologische Garten ein Sammelplatz der „jungen Gesellschaft“ ist und ein Erholungsplatz der Erzhilfinge der „besseren Stände“ unter Aufsicht von Frauen und Kindern, während den gewöhnlichen Stunden nur an den 25 Pfennig „Sonntagen“, d. h. nur einmal monatlich, der Zoologische Garten zugänglich ist, so wird die Bedeutung dieser beiden Plakate hierdurch erst in das rechte Licht gestellt!

**Der weiße Schmetterling (Kohlweißling)**, dieser Räuber im Kleide der Unschuld, ist bekanntlich für unsere Kohlfurten der größte Feind. Sind die beiden hier bei uns vorkommenden Arten, der große und der kleine Kohlweißling, auch in Größe und Zeichnung verschieden, weichen sie auch in der Gestalt ihrer Eier voneinander ab, im Zerhören unseres Kohl sind sie sich gleich. Beim großen Kohlweißling sind die Eier strobilig und werden in Haufen von oft mehr als 100 Stück an der Unterseite der Blätter abgesetzt, während der kleine Kohlweißling die Eier einzeln ansetzt. Die nach circa 14 Tagen austretenden Raupen zerstreuen sich dann zu ihrer zerstörenden Wanderung über den Garten.

Die Vertilgung des Kohlweißlings geschieht am besten durch Vernichtung der Raupen, doch ist hierbei sehr aufzupassen, daß man nicht die Eier von Schlupfwespen (Ichneumoniden) mit zerstört. Diese Schlupfwespen sind nämlich die gefährlichsten Gegner der Raupen; von ihnen kann man in der That sagen: „das ist nun mal des Lebens Lauf, freilich frisst ein Thier das andere auf“. Die Schlupfwespe legt nämlich ein oder auch mehrere Eier in die lebenden Raupen oder Schmetterlingspuppen und die hieraus kriechenden Maden fressen dann im Innern die Raupe bzw. Puppe vollständig auf; zuletzt durchbrechen dann die Maden die übriggebliebene Haut und bereiten sich durch Herstellung eines Gespinnstes zur Verpuppung vor. Hieraus ist nun besonders zu achten. Während also die Eier des schädlichen Kohlweißlings gelb, klebrig und in freier Haufen zusammenhängen, hängen die Puppen der nützlichen Schlupfwespen weißlich, tonnenförmig und durch ein Gespinnst zusammen. Erstere sind zu vernichten, wo man sie nur antrifft, letztere aber sind zu schonen, denn bei ihnen finden wir wackere Hülfe beim Vernichtungskrieg gegen die Kohlweißlinge.

**Polizeibericht.** Am 22. d. Mts. Morgens wurde im Garten des Grundstücks Prenzlauerstr. 60 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Vor dem Hause Große Frankfurterstr. 99 fiel Mittags ein Mann, als er einem Pferdebahnwagen nachließ, zur Erde und brach ein Bein. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Nachmittags wurde ein Mann in einer Tischlerei in der Admiralsstraße erhängt vorgefunden. — In der Nacht zum 30. d. M. stürzte sich ein 10jähriges Mädchen aus einem Fenster der in 4. Stock des Hauses Alexandrinenstr. 59 belegenen Wohnung seiner Pflegeeltern auf den Hof hinab und erlitt schwere innere Verletzungen, welche seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich machten. — Am 30. d. M. Morgens verfuhrte ein Mann sich in der Wohnung einer Witwe in der Börlingerstraße zu erhängen. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten und nach der Charité gebracht. — Zu derselben Zeit machte ein Mann den Versuch, sich mittelst eines Bettlakens aus dem Fenster der im ersten Stock des Hauses Wölfeistr. 4 belegenen Wohnung einer Prostituirten, welche ihn infolge von Streitigkeiten in ihrem Zimmer eingeschlossen hatte, auf den Hof hinab zu lassen. Das Laten zerriß jedoch und er stürzte etwa 4 Meter hoch hinab, wobei er anscheinend beide Beine brach. — Am 29. d. M. fanden zwei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

**In der Privatsache des Schriftsetzers Hermann Rudolph** gegen den Schriftsetzer A. Wachs hat gestern das Amtsgericht I den Letzteren der Verletzung für schuldig und denselben zu 50 M. Geldstrafe bzw. 10 Tagen Gefängniß und zur Tragung sämtlicher Kosten verurtheilt.

**Die Verhaftung einer ausländigen Frau** hat für den Thäter, den Köpfer Emil Ohse n. s., höchst unangenehme Folgen gehabt. Ohse n. s. stand gestern wegen groben Unfuges und Widerstands gegen die Staatsgewalt vor der 92. Abtheilung des Schöffengerichts. Am Nachmittag des 8. Juli trieb der Angeklagte sich auf dem Georgenkirchplatz umher. Eine Frau, welche ruhig ihres Weges ging, wurde in hohem Grade von ihm belästigt; der Angeklagte ging sogar so weit, daß er sie umarmen wollte. Die Bedrohte rief um Hilfe und zum Glück war auch ein Schuhmann in der Nähe. Die Festnahme des Angeklagten war aber nur unter großen Schwierigkeiten zu bewerkstelligen, er setzte sich energisch zur Wehre und hieß auf den Schuhmann ein. Dieser erhielt aber Verstand und dann gelang es, den Widerstand des Angeklagten zu brechen. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß derartige Leute, wie der Angeklagte, welche die öffentliche Sicherheit gefährden, nicht streng genug bestraft werden können, wegen des Widerstands wurde auf sechs Monate Gefängniß, wegen des groben Unfuges auf vier Wochen Haft erkannt.

## Soziale Uebersicht.

**Mitgen.** 23. Juli. Eingetretener Lohndifferenzen wegen suchen wir die Kollegen (Zwicker) allerwärts, den Bezug von Mitgen zu halten. Die Schuhmacher von Alz e.

**Gablonz.** Die Glasarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Glasmaler haben in 14 Werkstätten mit 87 Gehilfen ihre Forderungen durchgesetzt, 40 Gehilfen stehen noch im Kampfe. — Die am 20. Juli stattgefundene Versammlung der Glasdrucker-Gesellschaft einigte sich dahin, die zwölfstündige Arbeitszeit infolge Mittagspause einzuführen, sowie auf strikte Durchführung der von Seiten der L. I. Bezirks-Hauptmannschaft Gablonz erlassenen Forderungen bezüglich der Verknüpfung gesundheitsgefährlicher Arbeitsstände zu sehen. Die Forderung bezüglich des Wochenlohnes von 10 fl. wöchentlich ist noch nicht anerkannt; dies soll erst seinen Abschluß mit der Aufstellung der Lohnpreise finden.

**Toussouze, 30. Juli.** (M. T. N.) Der Zustand der Bediensteten der Tramway-Gesellschaft hat sich heute bedenklicher gestaltet. Die Streikenden spannten die Pferde der Wagen, welche die Depots verlassen wollten, aus und warfen dieselben um, wobei sie bei der Verdüsterung thätige Beihilfe fanden. Die Gendarmerie sah sich infolge dessen zum Eingreifen genötigt und es wurde eine größere Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Einige Personen sind leicht verletzt worden.

**London, 30. Juli.** Der Zustand der Werkarbeiter zu Clyde nimmt eine beunruhigende Ausdehnung an. Die Verarbeiter und Monteurs sind sämtlich ausständig. Der Verwaltungsrath soll beabsichtigen, die Werkstätten zu schließen.

## Versammlungen.

### Spandau! Töpfer!

Am 27. cr. fand hier eine öffentliche, von Berliner und Charlottenburger Kollegen stark besuchte Versammlung der hiesigen Töpfer statt, um zur Regelung der Lohnfrage Stellung zu nehmen. Da die Lebensmittelpreise und Mieten hier eher noch höher als in Berlin stehen, sehen die hiesigen Kollegen nicht ein, weshalb sie nicht auch den gleichen Lohn für unsere Arbeit fordern sollten. Sie sind daher gewillt, in eine Lohnbewegung einzutreten, um den Berliner Lohnsatz zum Durchbruch zu bringen. Die Arbeitslosigkeit hier am Orte ist augenblicklich günstig und da nur mit 4 Geschäften, dem Altmeister der Junung Kuhlman an der Spitze, zu rechnen ist — weitaus der übrigen bezahlen den Tarif — so hoffen die hiesigen Kollegen den Sieg zu erringen, wenn der Junung fern bleibt. Nachher den Sieg zu erringen, wenn der Junung fern bleibt. Nachher den Sieg zu erringen, wenn der Junung fern bleibt. Nachher den Sieg zu erringen, wenn der Junung fern bleibt.

In der heute, am 27. Juli bei 9. Uhr, Abends 6. tagenden öffentlichen Versammlung der Töpfer verpflichteten sich die Kollegen:

1. Für keinen anderen Preis als für den bis heute in Berlin bestehende Lohnsatz zu arbeiten.
2. Nach Kräften dafür zu sorgen, die dadurch momentan arbeitslos werdenden unterzubringen.
3. Dafür zu agitieren, daß sämtliche Kollegen dem hier bestehenden Verein angehören.
4. Nach Kräften an den freiwilligen Steuern der Töpfer Deutschlands sich zu beteiligen.

Sodann wurde die Berliner und Charlottenburger Kollegen beschließen sich der Abstimmung) einstimmig der partielle Streik beschließen und die Sperre über die 4 Geschäfte verhängt. Es wird nun erwartet, daß die Kollegen fürs erste Spandau meiden, dann wird der Sieg in kürzester Zeit errungen sein.

Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen. Unter dem Gesang der Arbeiter-Marschläufe ging man auseinander.

**Die Modelleure, Gipsbildhauer und Stuckateure** hielten am 27. Juli eine öffentliche Versammlung ab, deren Tagesordnung die Stellungnahme zur Einleitung der Stuckmeister-Junung zur Bildung eines Gesellenausschusses anwies. Das einleitende Referat übernahm Kollege Dupont. Derselbe teilte zunächst mit, daß der Obermeister der neugebildeten Stuckmeister-Junung, Herr Meemann, welcher übrigens der Versammlung beiwohnte, an den Einberufer ein Schreiben gerichtet habe, in welchem er die Beweggründe für die Bildung der Junung und des Gesellenausschusses darlegte und sein Erscheinen in Aussicht stellte. Hiernach geht der Referent auf die vor Kurzem gegründete Stuckmeister-Junung ein. Früher hätten die Herren ihren Beruf als „freie Künstler“ nicht die Zwangsjacke der Junung hineinpfeifen wollen; nachdem aber die Freie Vereinigung an dem Egoismus und der Profitgier ihrer Mitglieder „keinen gemeinsamen“ sei, habe man doch die Junung für die beste Organisationsform gehalten. Redner erörtert hierauf die einzelnen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, soweit dieselben den Junungen besonders Vorrechte gewähren. Er zeigt, wie diese Bestimmungen auf Kosten der Gesellen und der nicht der Junung angehörenden Meister den Junungsmitteln die größten Vorteile gewähren. Die Lehrlings- und Fachschul-, die Junungs-Schiedsgerichte, das Verberge-wesen, Alles untersteht der Beeinflussung der Junungsmeister. Sie haben die Majorität in beschließenden Versammlungen und so sind die Gesellenausschüsse für die Gesellen absolut ohne Wert. Redner mahnt noch hinzu, daß die Herren durch ihre Konkurrenz- und Profitgier, durch ihren Egoismus nie zu einer Solidarität kommen können, wie sie auf Seiten der Gehilfen selbstverständlich ist, so erscheint es jedem Denkenden klar, daß von einer Vertretung der Schmutzkonkurrenz durch die Junungspolizei keine Rede sein kann, mithin auch eine Hebung des Handwerks zu den unerfüllbaren Zielen der Junung gehört. Somit sei es Pflicht jedes Kollegen, sich von den Bestrebungen derselben absolut fern zu halten, namentlich aber dafür zu sorgen, daß die Wahl des Gesellenausschusses nicht zu Stande kommt. (Minutenlanger Beifall.)

An der hierauf folgenden Diskussion, die sich bis auf etwa 2 Stunden ausdehnt, beteiligten sich die Kollegen Kieh, Marler, Bölle, Braun, Horting und Andere, sowie auch der Junungs-Obermeister. Derselbe versuchte vergeblich, den Gehilfen die angeblichen Vorteile der Junungen klar zu legen und versicherte ihnen, daß sie einen großen Einfluß auf die Versammlungen haben würden, alle Mißstände im Gewerbe zur Sprache bringen könnten, und sich der Abhilfe derselben versichert halten dürften. Es wird ihm entgegen, daß die vorher geringten Mißstände, als Lehrlings- und Schmutzkonkurrenz u. s. w., gerade bei den jetzt zur Junung gehörenden Meistern auf der Tagesordnung sind. Der Obermeister verließ darauf die Versammlung. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 27. Juli bei Deigmüller tagende, von etwa 300 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung der Modelleure, Gipsbildhauer und Stuckateure erklärt: „Wir halten die Bildung eines Gesellenausschusses zur Junung der Stuckmeister für eine unzeitgemäße, schädliche und unangebrachte Zeitvergeudung. Wir haben die Überzeugung, daß die Junung erst in allerletzter Linie die Interessen der Arbeitnehmer zu berücksichtigen gedankt, und verschmähen aus diesem Grunde, die Kandidatur einer Scheinbaren Abnahme eines harmonischen Verhältnisses zu unternehmen. Die Versammlung verpflichtet sich eine Verbesserung ihrer Lage einzig und allein durch Erreichung der Ziele der allgemeinen internationalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.“ — Unter verschiedenen wurde noch zum Eintritt in den Fachverein aufgefordert.

**Der Fachverein der Tischler** hielt am 25. d. Mts. seine ordentliche, ziemlich gut besuchte Generalversammlung ab. Beim 1. Punkt der Tagesordnung verliest der Mandant Schulz den Jahresbericht. Es ergibt sich danach infolge Bestand eine Einnahme von 11 925,58 M., eine Ausgabe von 1819,24 M., mithin bleibt Bestand 10 106,34 M. Der Mandant wird auf Antrag

der Revisoren entlastet. Recht bezeichnend über die jetzige Geschäftslage war der Bericht des Vorsitzenden Glöck über die Gewerkschaftsprojekte, welche der Verein auf Antrag der Mitglieder angestrengt hatte. Man könnte daraus, ohne irgend welche Kenntnis zu haben, das Gend unserer Verhältnisse deutlich erkennen. Je schlechter die Geschäftslage, desto häufiger die niedrigen Beweggründe, welche gewisse Fabrikanten in ihrem Verhalten gegenüber den Gesellen leiten. In verschiedenen Fällen konnten die Projekte nicht weiter geführt oder nicht angestrengt werden, weil der Meister schon den Manifestationsfeld geleistet hatte, und dann überhaupt nichts mehr befaß. Beim Arbeitsnachweis meldeten sich über 3000 Kollegen um Arbeit, es liefen aber nur 514 Offerten ein, von welchen 487 befehigt wurden. Mithin mußten Fünftel der Angebote ohne Erledigung bleiben. Die Bibliothek repräsentiert mit ihren 514 Bänden einen Werth von 1727,70 M., 271 Mitglieder benehuten sie.

Die Versammlung befaßt die Wahl der Bevollmächtigten, als welche fungieren für Norden: Kollege Weiß, für Südosten: Kollege Ziel. Ebenso die Werkstatt-Kontrollen für Norden: Wankelmann und Denkman, für Südosten: Kollege Zeuge, für Nordost: Kollege Neefe. Dagegen wurde die Wahl des Kollegen Nürnberg beantragt.

Unter 2. Punkt der Tagesordnung, Erhebung einer Statistik, beschließt die Versammlung persönliche Fragebogen auszugeben, anstatt der früheren Werkstatt-Fragebogen, und werden die Mitglieder dringend ersucht, recht eifrig dafür zu wirken, daß alle Tischler Berlin sich an der Statistik beteiligen, bezw. die Fragebogen korrekt ausfüllen, damit dem Verein ermöglicht wird, den Kollegen ein richtiges Bild von ihrer bedrängten Lage zu geben.

Die Verhandlung über den 3. Punkt wurde der vorgerückten Zeit halber bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Unter verschiedenen beschloß man, am 9. August einen Ausflug nach Johannisthal zu unternehmen, wobei eine rege Beteiligung erwartet wird, da Johannisthal von überall her leicht erreichbar ist, auch der billige Fahrpreis 10 Pf. (hin und retour) es jedem Kollegen ermöglicht, den Sonntag in geselliger Unterhaltung zu verbringen.

Nachdem noch bekannt gemacht worden, daß die Zahlstelle von der Thurmstraße nach der Lüderstraße zu Matthias und die von der Panstraße nach der Stettinerstr. 2. zu Hoppe verlegt ist, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

**Die Freie Vereinigung sämtlicher in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend** hielt am Montag, 27. Juli, die erste Mitglieder-Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch einen Vortrag des Dr. F. Lütgenau über: „Die soziale Stellung der Frau“ ausgefüllt. Referent legte in seinem Vortrage dar, daß die Frau durchaus nicht immer die untergeordnete Stellung eingenommen hat, wie heute, sondern in der vor-geschichtlichen Zeit über dem Manne stand und nur durch das Entstehen des Privateigentums und die Entwicklung der Produktion in die heutige abhängige Lage gerieth. Mit der Eringung seiner blomonischen Selbständigkeit werde das weibliche Geschlecht auch die politische und soziale Gleichberechtigung erlangen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Drenth und Greifenberg. Unter „Verschiedenem“ wurde vom Kollegen Freudenreich angeregt, den gemahregelten Kollegen C. Woldt (Albumarbeiter), welcher vermöge seines schlechten Augenlichts nirgends mehr arbeiten kann und jetzt eine Kolportage-Buchhandlung betreibt, in diesem Geschäft so viel wie möglich zu unterstützen. Ferner wurde für den 16. August ein Ausflug nach Adlershof beschlossen. Alles Nähere wird zur Zeit bekannt gemacht. Vom Kollegen Schwarzbürger wurde mitgeteilt, daß vom Fachverein der Buchbinder an alle Werkstätten Zirkulare betreffs des Arbeitsnachweises geschickt worden sind. Dies gab Anlaß zu einer sehr regen Debatte. Fast alle Redner waren der Meinung, man solle sich mit den Buchbindern betreffs des Arbeitsnachweises im Guten einigen, damit, wenn die Freie Vereinigung ebenfalls einen Arbeitsnachweis errichtet hat, nicht Nebenrivalen entstehen. Außerdem wurde beschlossen, ein größeres Vergnügen im Oktober zu veranstalten. Dasselbe soll im Hippodrom stattfinden, sofern dies Lokal noch frei ist. Es wurde eine Kommission von 7 Personen gewählt, welche die Sache in die Hand zu nehmen hat. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die am 24. August stattfindende Generalversammlung aufmerksam, in welcher die Statutenberathung und die definitive Wahl des Vorstandes stattfindet. Gleichzeitig verwies der Vorsitzende auf die öffentliche Frauen-versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen, welche am 3. August bei Feuerstein abgehalten wird.

**Eine öffentliche Versammlung aller im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen**, welche sehr zahlreich besucht war, fand in der Nacht vom 28. zum 29. Juli statt. Eingeladen waren zu dieser Versammlung Köche, Kellner, Bäckereien, Papeter, Hausdiener, Köchinnen, Kellnerinnen u. s. m. mit Einschluß der Hotelbedienten. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen H. Peus über „Arbeitschutz-Gesetzgebung und das vom Minister v. Berlepsch in Aussicht gestellte Spezialgesetz für Angestellte im Gastwirthsgewerbe“. Der Referent legte den Nutzen einer wirklichen Arbeiterschutz-Gesetzgebung dar. Diese habe vor allem eine kurze, ertägliche Arbeitszeit zu gewährleisten, die Entlohnung zu regeln; das Vertragswesen zwischen Unternehmer und Arbeiter so zu gestalten, daß der Arbeiter nicht darunter leidet; ferner Bestimmungen zu treffen, welche rigorose Arbeitsordnungen unmöglich machen. Alle diese Forderungen anderer Arbeiterkategorien hätten auch die Personen, welche im Gastwirthsgewerbe beschäftigt sind, an die Gesellschaft zu stellen; sie bedürften nach allen Richtungen des gesellschaftlichen Schutzes am meisten, müßten darum dahin streben, daß jegliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung auch auf ihr Gewerbe Anwendung finde. Zunächst müßte die Entlohnung der Kellner und Kellnerinnen eine andere werden, wenn nicht anders, müßte man das Trinkgeldverbot durch gesetzliche Maßnahmen beseitigen. Ein anderes großes Uebel, welches durch die Gesetzgebung zu beseitigen sei, bestehe in der oft sechszehnbis achtzehnstündigen Arbeitszeit der im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen. Der Minister von Berlepsch habe im vorigen Jahre anerkannt, daß große Mißstände in diesem Gewerbe vorhanden sind, und die Einbringung eines hier Abhilfe schaffenden Gesetzes versprochen, wenn das Material geschaffen sei; durch fortwährende Bloßstellung aller Uebelstände müßten die im Gewerbe Beschäftigten auf baldige Entschleunigung der Regierung in dieser Frage hindrängen. — Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich u. A. die Herren Wegener, Bötsch, Schöpfung, Petermann, Lepinski, König, Cotha, Semar, Göde und die Frauenlein Democh und Wabnitz. Herr Bötsch unterzog die Kellnervereine, deren Mitglieder glauben, in Gemeinschaft mit den Prinzipalen ihre Lage heben zu können, einer scharfen Kritik und ging dann auf die Ausbeutung der Kellner durch die Gastwirthe näher ein. Die Arbeitszeit sei einer unbeschränkten, auch bei den Beurlaubten, welche dadurch körperlicher und geistiger Degeneration verfielen. Der Redner schildert dann die Lage der Kellner. Derselben werde ebenso wie den Fabrikarbeitern die Aussicht auf das Selbständigwerden immer mehr entzogen und sie somit zu einer lebenslanglich schlechten Stellung verdammt. Heute sei es sogar den kleinen Hotelbesitzern nicht mehr möglich, sich wirtschaftlich über Wasser zu erhalten; überall entstanden gehobene Hotels, die sich im Besitze von Aktiengesellschaften befinden, deren einzelne Angehörige nicht mehr Fachleute, sondern Geldmenschen sind. Die Entwicklung auch in diesem Gewerbe trage wie in jedem anderen den Charakter der kapitalistischen Kera deutlich an der Sten, zeitige hier wie da dieselben Erscheinungen. Es bleibe zu beschränken, sei Aufgabe der Gesetzgebung. Als 1. Forderung sei zu nennen die Unterstellung der Betreffenden unter die Arbeitsgesetzgebung, dann die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnregelung. Herr

Petermann (Koch) weist darauf hin, daß alle Petitionen der im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen um Berücksichtigung durch die Gesetzgebung unbeantwortet geblieben sind. Der Bundesrath habe es in seiner Macht, in den Gewerben, in denen eine so lange, gesundheitsgefährliche Arbeitszeit vorherrsche, bestimmte Pausen und eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Er müsse aufgefordert werden, hier-nach in Bezug auf das Gastwirthsgewerbe zu handeln. — Einige der Redner, so die Herren Schöpfung, König, Göde, wandten sich gegen das Hineinziehen der Kellnerinnen in die Bewegung. Der Kellnerinnenstand habe die Lage der Kellner verschlechtert helfen, die Frau müsse Strümpfe stricken und Kochen lernen u. s. Sie fanden ihre Widerlegung durch die Damen Democh und Wabnitz und durch einige andere Redner, so durch den Referenten. Die Debatte nahm dabei oft einen kühnen Charakter an. Folgende Resolutionen gelangten zur Annahme:

Die Versammlung schließt sich dem Referenten an und ist damit einverstanden, daß die Frau im Gewerbe anerkannt werde.

Die versammelten Angestellten im Gastwirthsgewerbe, männlichen wie weiblichen Geschlechts, erklären sich mit der von der Mehrheit des Reichstages beschlossenen Ablehnung des Antrages Auer und Genossen (Sechsstündige Ruhepause in der Woche) nicht einverstanden und erwarten, daß der Minister von Berlepsch das und gegebene Versprechen erfüllt, ein Spezialgesetz für die Angestellten im Gastwirthsgewerbe anzusetzen zu lassen, welches die Ruhezeit regelt, vor allem aber den Bundesrath zu ersuchen, von dem Paragraphen 129 o Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung im Gastwirthsgewerbe vollen Gebrauch zu machen und für angemessene Pausen und eine Regelung der übermäßigen Arbeitszeit zu sorgen, um die Mißstände auf gesetzlichem Wege zu beseitigen. Diese Resolution ist dem Minister von Berlepsch zu übermitteln. Hierauf wurde die Wahl einer Agitationskommission vorgenommen: aus derselben gingen die Herren Jakob, Wegener, Ebert, Hoppe und Frauenlein Democh als gewählt hervor. Dem gelangte ein Antrag des Inhalts zur Annahme, dem Kollegen Ebert ein schriftliches Mandat auszustellen, daß er berechtigt und verpflichtet ist, in der Presse die Interessen der im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen zu vertreten. Hierdurch will man Herrn Ebert den Schutz des 193 des Straf-Gesetz-Buchs sichern. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Vernägenossen „Hoffnung“** (G. S. 64), Ortsverwaltung Berlin, hielt am 27. Juli ihre Hauptmitgliederversammlung ab. Nach der gegebenen Abrechnung besloßen sich die Einnahmen auf 4301,85 M., hierzu 752,15 M., ergibt die Gesamtsammung von 5054,00 M. Die Ausgaben beliefen sich infolge 1400,00 M., welche der Hauptkasse übermitteln, auf 4206,96 M., bleibt ein Bestand am 1. 7. von 847,04 M. Gewählt wurden zum Bevollmächtigten E. Biese, NO. Falkenstr. 18, zum Schriftführer J. Leister, zum Revisor E. Dörfer, zu Beisitzern H. Anders und G. Wätcher. — Ferner wurde durch E. Biese eine Erklär-ung der Vereinbarungen der Freien Hilfskassenkommission gegeben.

**Die Maler und Anstreicher** waren am 24. d. M. recht zahlreich versammelt, um Stellung zu nehmen zum Berliner Bau-Arbeiter-Kartell. Zu diesem Besuche erklärte Kollege Schwaiger in einem einleitenden Vortrage die Zwecke und Ziele und den Werth des Kartells. Der Referent führte klar vor Augen, daß auch im Malergewerbe mancherlei lokale Mißstände herrschen, die theilweise den anderen Baugewerben eigen seien und am besten beseitigt werden könnten durch ein geschlossenes, gemeinsames Vorgehen aller interessirten Bau-Arbeiter; zu diesem Zwecke sei das Kartell gebildet worden. Redner war der Meinung, daß es für die Maler von augenfälligem Nutzen sein würde, wenn sie enge Fühlung mit den übrigen Bau-Arbeitern gewinnen, d. h. wenn sie dem Kartelle der Bau-Arbeiter beitreten, schon aus dem Grunde, weil im Falle eines Ausstandes irgend einer Baugewerkschaft die übrigen Baugewerkschaften in Mittelidenschaft gezogen würden. Anderen Falles würden aber auch sonstige „Fragen“, wie die Fensterfrage, Kraftstofffrage u. s. durch ein gemeinsames Vorgehen aller interessirten Baugewerkschaften bedeutend leichter ihrer Lösung entgegengeführt werden können, was Redner in ansprechlicher Weise veranschaulichte. Dies führte den Vortragenden dazu, das Programm des Bau-Arbeiter-Kartells mit in den Bereich seiner Betrachtungen zu ziehen und die Durchführbarkeit der Ziele, welche sich das Kartell gesetzt hat, vor Augen zu fassen. Redner widerlegte gleichzeitig alle gegen das Kartell gemachten Einwendungen und kam zu dem Schlusse, den Malern und Anstreichern aus wärmster zu empfehlen, für das Bau-Arbeiter-Kartell einzutreten und sich mit der Kartell-Resolution einverstanden zu erklären. (Beifall.) Kollege Hohwegler (Mitglied des Ausführungsausschusses) verpflichtete dem Vordredner in jeder Beziehung bei. Nachdem in der weiteren sehr lebhaften Diskussion die Kollegen Rinckel, Rehner, Schwaiger, Hohwegler und Andere ihre Meinungen geäußert hatten und alles für und gegen das Kartell reichlich erörtert worden war, gelangte nach einem Schlussworte des Referenten folgende Resolution gegen drei Stimmen zur Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher Berlin und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, sich dem Kartell der Berliner Bauhandwerker immer enger anzuschließen und für die Interessen, welche dieselben gemeinsam haben, in jeder Weise einzutreten.“ Als Delegirter der Maler im Ausführungsausschusse des Kartells wurde hierauf mit allen gegen zwei Stimmen Kollege Hohwegler befaßt.

Es erfolgte dann die Abrechnung über den Agitations- bez. Maifonds pro 1890/91 durch Kollegen Böckin. Derselbe wies eine Einnahme von 611,54 M., eine Ausgabe von 318,18 M. und einen Bestand am 19. Juli 1891 von 293,36 M. auf.

Eine größere Anzahl Malerinnen stehen noch an. Ueber die Verwendung des verbliebenen Bestandes entspann sich eine lebhaft Debatte, da verschiedene Anträge gestellt waren. Es wurde schließlich beschloßen, das Geld dem Vertrauensmann der Maler und Anstreicher Berlin zur Verfügung zu stellen abzüglich 55 M., welche dem Kartelle der Berliner Bau-Arbeiter überwiesen wurden.

Da die Mitternachtsstunde mittlerweile längst überschritten war, so blieb auf Beschluß der noch Anwesenden der letzte Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, unerörtert und schloß daraufhin der Vorsitzende mit dem besonderen Hinweis darauf, daß die vorher erfolgte, nur von einem Revisor geprüfte Abrechnung noch nicht genehmigt sei, dies vielmehr erst später erfolgen könne, und einem Hoch auf die Arbeiterbewegung die Versammlung.

**Der Verein „Walden“** hielt am Mittwoch eine Versammlung ab, zu welcher auch viele Sozialdemokraten und eine Schaar Antisemiten erschienen. Redakteur Krieger, der sich als Demokrat, nicht Deutschvölkischer, bezeichnete, erörterte den neuen Entwurf des sozialdemokratischen Parteiprogramms in sachlicher Weise, mit Vermeidung alles Beleidigenden. Dem ersten, grundsätzlichen Theil des Programms-Entwurfs vermochte er allerdings nicht gützuheizen bezw. zu verstehen, dagegen erklärte er sich mit dem zweiten Theile, den besonderen Forderungen an den gegenwärtigen Staat, welche er im einzelnen besprach, einverstanden. Die Diskussion ging bei der total ungenügenden Einwirkung eines Dr. Müller bald vom Hunderten ins Tausendste. Der Antisemit Bodok bezeichnete die sozialen Zustände als in fortwährender Verschlechterung begriffen und hielt das Mitarbeiten der Sozialdemokratie an sozialen Reformen für notwendig im Interesse des Staats. Diesem Redner wurde nachher vorgeworfen, daß er seinen antisemitischen Standpunkt verschwiegen habe. Handlungsgelhilfe Herzberg (Freisinnig) brachte neben den gewöhnlichen auswendig gelernten Redensarten auch der „Freisinnigen Zeitung“ einige neue Unwahrheiten vor. So behauptete

